

Mitgliederversammlung 2018

**Samstag, 14. April 2018, 10.00 Uhr
Philipp-Scheidemann-Haus**

Beschlüsse



SPD Unterbezirk Kassel-Stadt, Humboldtstr. 8 A, 34117 Kassel

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss B 1

Betrifft: Effizientes, ökologisches, verbraucherfreundliches und bürgernahes Wertstoffgesetz

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Die SPD – Bundestagsfraktion wird gebeten, sich für ein neues, Effizientes, ökologisches, verbraucherfreundliches und bürgernahes Wertstoffgesetz einzusetzen. Folgende Marksteine halten wir für unabdingbar für ein zukünftiges Wertstoffgesetz:

1. Im Sinne der Verbraucher fordern wir...

eine einheitliche Erfassung der Abfälle aus der Verpackung und stoffgleiche Nicht-Verpackungen als Wertstoffe, die in der alltäglichen Praxis größtenteils schon heute vom Verbraucher praktiziert wird.

2. Im Sinne der Ressourcenschonung fordern wir...

eine hochwertige Verwertung der Wertstoffe durch ambitionierte Erfassungsmengen und Recyclingquoten, um eine möglichst hohe Wertstoffausbeute zu erzielen.

3. Im Sinne unbürokratischer und klarer Zuständigkeiten fordern wir...

eine Organisationsverantwortung der Kommunen für die Erfassung der Wertstoffe, weil sich parallel Sammelsysteme bei den Haushalten nicht bewährt haben und der Bürger ihre Kommune als verantwortlichen und kompetenten Ansprechpartner in Sachen Abfallentsorgung ansehen. Die Zuständigkeit für die Erfassung der Wertstoffe soll in kommunaler Hand liegen.

4. Im Sinne des Verursacherprinzips fordern wir...

eine Erweiterung der Produktverantwortung, damit Hersteller und Inverkehrbringer als Verursacher der Abfälle für die Kosten der kommunalen Erfassung und der hochwertigen Verwertung aufkommen müssen und Schlupflöcher geschlossen werden.

5. Im Sinne von Transparenz und Effizienz fordern wir...

eine Trägerschaft für die Sortierung und Verwertung der Wertstoffe, die ökologischen Anforderungen gerecht wird, zuverlässig und stabil ist, bürokratischen Aufwand minimiert und förmlich im Wettbewerb vergeben wird.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss B 2

Betrifft: Staatliche Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Gesetz einzubringen, dass die staatliche Förderung von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen vorsieht, wenn der ursprüngliche Arbeitsplatz des Arbeitnehmers aufgrund der Digitalisierung/Rationalisierung wegfällt.

Ferner soll der Arbeitgeber in diesen Fällen verpflichtet werden, den Arbeitnehmer auf einer gleich- oder höherwertigen Stelle mit entsprechender Vergütung weiterhin zu beschäftigen.

Begründung:

Die Digitalisierung bedroht zahllose Arbeitsplätze in Deutschland. Was in der Produktion begann, weitet sich nun auf den administrativen Bereich aus. Um jedoch das Einkommen der Arbeitnehmer zu sichern, darf es nicht zu einer Subventionierung veralteter Technik kommen, wie es bei der Kohle lange war und ist. Stattdessen sollten Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer gefördert werden, wenn sie vom Arbeitgeber gehalten werden, obwohl der ursprüngliche Arbeitsplatz aufgrund Rationalisierung nicht mehr benötigt wird. Außerdem muss vom Arbeitgeber gewährleistet werden, dass der neue Arbeitsplatz auf dem gleichen oder einem höheren Niveau liegt, wie der alte, und dies auch entsprechend vergütet wird.

Dies soll Effekte zu Gunsten von beiden Seiten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zur Folge haben. Auf der einen Seite können die Einkommen der Arbeitnehmer gesichert werden. Der ursprüngliche Arbeitsplatz mag zwar verloren gehen, aber dafür bekommt der Arbeitnehmer einen äquivalenten Ersatz. Insofern vorhanden stärkt dies zudem die Stellung von Betriebsräten und Gewerkschaften, wenn sie sich dafür einsetzen, Mitarbeiter bei Rationalisierungsmaßnahmen zu behalten und sie in anderen Unternehmensbereichen einzusetzen. Auf der anderen Seite werden Investitionen in die Digitalisierung gefördert, da der Arbeitnehmer bei einer effektiveren Nutzung seiner Ressourcen finanziell unterstützt wird und seine Mitarbeiter weiterentwickeln kann.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss B 3

Betrifft: Globalantrag für verschiedene Leistungen

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Die SPD – Bundestagsfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass verschiedene Leistungen bei unterschiedlichen Stellen (Kinderzuschlag, Wohngeld, Unterhalt, Hartz IV) durch einen „Globalantrag“ beantragt werden können, sodass alle Ansprüche unbürokratisch und transparent in einem einzigen Antrag geltend gemacht werden können.

Begründung:

Erfolgte mündlich.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag B 4 wurde zurückgezogen.

Betrifft: Kultivierte Tierprodukte unterstützen

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Rund um den Globus arbeiten Wissenschaft, Start-Ups und Regierungen an der Herstellung von Fleisch, Fisch, Eiern und Milch auf zellulärer Basis. Diese In-Vitro Produktion ist für die Sozialdemokratie aus vielen Gründen hochinteressant. Eine kultivierte Produktion von tierischen Erzeugnissen kommt beispielsweise ohne Pestizide, Fungizide und Antibiotika aus. Wie stark die Umwelt- und Klimabelastungen durch diese Produkte verringert werden kann lässt sich nicht verlässlich bestimmen, da es bislang noch keine Produktionssysteme im großen Maßstab gibt. Ein großes Einsparpotenzial wird sich wohl bei der besonders ressourcenintensiven Rindfleischproduktion ergeben. Auch wenn pflanzliche Alternativprodukte dauerhaft umwelt- und klimafreundlicher sein werden, können kultivierte Tierprodukte einen wesentlichen Beitrag leisten, die Treibhausgasemissionen in der Ernährung, deutlich zu senken. Außerdem kann kultiviertes Fleisch einen aktiven Beitrag für einen progressiven Tierschutz leisten, wenn sie die Reduzierung der Tierproduktion voranbringt.

Schon jetzt können sich 1/3 der Konsument*innen vorstellen kultivierte Fleischprodukte regelmäßig zu essen. Die ersten Produkte sollen zwischen 2018 und 2021 auf den Markt kommen.

Wir wollen:

- Die Erforschung von alternativen Nährflüssigkeiten (Algen, Hefen) unterstützen, denn bislang wird noch fetales Kälberserum eingesetzt.
- Die Bedingungen für eine schnelle Markteinführung schaffen.

Eine Vermarktung unter den bisherigen handelsüblichen Produktbezeichnungen

Begründung:

Erfolgte mündlich.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag B 5 wurde zurückgezogen.

Betrifft: Elektromobilität und alternative Speichermöglichkeiten

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Parlamenten mögen sich für die Entwicklung von Speichermedien, die der individuellen Mobilität dienen, integriert sind und bei Anbindung an das Stromnetz einen bidirektionalen Zugriff (Ladung/Entladung) auf den Energiefluss abhängig vom Bedarf (Strombedarf) bis auf (Min/Max) 75% der Kapazität zulassen, einsetzen.

Begründung:

Erneuerbare Energien stellen in der Energiewende ein stetig an Bedeutung gewinnenden Baustein dar. Während mehr und mehr Wege der Erzeugung erschlossen und gefördert werden, stoßen die Netze und Speicherkapazitäten immer häufiger an ihre Grenzen. Bei drohender Netzüberlastung ist es momentan vorgesehen, dass Anlagen vorübergehend ausgeschaltet oder aber vom Netz getrennt werden. Dies ist mit einem weiteren Ausbau und dem damit verbundenen Verbrauch an Ressourcen nicht vereinbar.

Gleichwohl entwickelt sich die E-Mobilität mit rasantem Tempo und besitzt großes Potential einen flexiblen, dezentralen Speicher zu bilden. Berücksichtigung sollten nicht nur Pkw's. Sondern alle diese Ressource bildenden Fahrzeuge der individuellen Mobilität (E-Bike, - Rollstühle etc.).

Die Bundesregierung fördert zurzeit nur Stationäre Speichermodule die an Solaranlagen angeschlossen sind über den Antrag bei der KKW 275.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss Nr. B 7

Betrifft: Steuergerechtigkeit

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter im Deutschen Bundestag sollen darauf hinwirken, dass die Mehrwertsteuer deutlich gesenkt wird. Als Substitut für das Weniger an Steuereinnahmen für den Bund wird die Einführung einer Finanztraktionssteuer sowie der Vermögenssteuer empfohlen.

Begründung:

Die Angehörigen niedriger und mittlerer Einkommensschichten werden durch die Mehrwertsteuer in überproportionalem Maß belastet. Als Substitut für das Weniger an Steuereinnahmen für den Bund wird die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie einer Vermögenssteuer empfohlen. Überdies gehört der Spitzensteuersatz drastisch erhöht. Keine der drei aufgeführten Maßnahmen betrifft niedriger oder mittlere Einkommensschichten, sondern ausschließlich diejenigen, welche momentan nicht in ausreichendem Maß ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen nachkommen. Starke Schultern müssen endlich wieder mehr tragen!

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss B 8

Betrifft: Pflanzliche Ernährung unterstützen

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Die SPD soll sich auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass

rein pflanzliche Angebote in öffentlichen Kantinen geschaffen werden

Seit März 2017 sind in Portugal alle öffentlichen Kantinen gesetzlich dazu verpflichtet, auch vegane Speisen anzubieten. Diese von immer mehr Verbrauchern gewünschte Menü-Option erlaubt es Anhängern einer Vielzahl von unterschiedlichen Ernährungsweisen, das Kantinenangebot öffentlicher Einrichtungen wahrzunehmen. Gleichzeitig können durch die verbesserte Verfügbarkeit Anreize geschaffen werden, sich gelegentlich oder regelmäßig für pflanzliche Menüs zu entscheiden, was unter anderem auch aus gesundheitlichen Gründen angezeigt ist.

die Schulverpflegung qualitativ verbessert wird

Unsere Schulkantinen sollen die DGE-Empfehlungen nicht nur kennen, sondern sie auch einhalten. Zudem sollen jeden Tag rein pflanzliche Angebote geschaffen werden, wie es bei den Studierendenwerken schon lange der Fall ist.

das Wissen vermehrt und die Forschung ausgebaut wird zur Einschätzung veganer Ernährung

Das Wissen um die Vorteile und Risiken einer pflanzlichen Ernährung wächst stetig und erst vor kurzem musste die Deutsche Gesellschaft für Ernährung in Einschätzung der veganen Ernährung deutlich korrigieren. Allerdings gibt es weiterhin erheblichen Forschungsbedarf. Aufgrund des hohen gesellschaftlichen Nutzens für Umwelt-, Klima- und Tiere wollen wir diese Aufgabe wahrnehmen.

dass bei nachhaltigen Parteiveranstaltungen möglichst wenig Papier verbraucht wird, die Genossinnen und Genossen zum umweltfreundlichen Anreisen aufgefordert sowie –bei Veranstaltungen mit Verpflegung- vegetarische und vegane Essensangebote sichergestellt werden.

Begründung:

Viele Bürger*innen konsumieren weniger Fleisch, essen fast vegetarisch (flexitarisch), vegetarisch (kein Fleisch+Fisch) oder vegan (rein pflanzlich). Auch sie dürfen von der SPD eine gute Ernährungspolitik erwarten!

Die SPD bezeichnet das gegenwärtige Produktions- und Konsumniveau tierischer Produkte unter Klimagesichtspunkten als zu hoch (Antwort SPD auf VEBU-Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2017). Diese Einschätzung deckt sich mit dem Klimaschutzgutachten der Bundesregierung. In diesem wird für das Referenzjahr 2006 bei einer Ernährung gemäß den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung eine Einsparung an CO₂-Äquivalenten von 9%, bei vegetarischer Ernährung von 20% und bei einer veganen Ernährung sogar von 38% angegeben! Nach der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, welche sich ausschließlich auf Gesundheitsaspekte bezieht, sollten es nicht mehr als 300-600g Fleisch in der Woche sein. Zudem ist ein geringerer Konsum von Tieren der stärkste Schutz dieser.

Weil die SPD für alle Menschen da sein will und diese Ernährungsumstellungen gesellschaftlichen Nutzen stiften werden sie von der SPD unterstützt. Aus diesen Gründen

war es richtig, aber nicht ausreichend, die gesetzlich verbindliche Kennzeichnung von vegetarischen und veganen Angeboten in das Regierungsprogramm 2017 aufzunehmen.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss B 9

Betrifft: Rentenbesteuerung

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Wir fordern die Reduzierung des einkommensteuerpflichtigen Anteils der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Nicht der steuerfreie Betrag der Rente, sondern der steuerfreie Prozentsatz muss festgeschrieben werden.

Die Verminderung des steuerfreien Anteils in den Kalenderjahren des Rentenbeginns muss für 10 Jahre ausgesetzt werden.

Begründung:

Im Jahr 2005 wurde die Besteuerung der Altersrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung grundlegend umgestellt.

Bisher betrug der steuerpflichtige Ertragsanteil bei einem Rentenbeginn mit 65 Jahren 27 %. Dieser Prozentsatz blieb bis zum Lebensende gleich.

Alle Rentenerhöhungen wurden nur mit diesem Prozentsatz besteuert.

Ab dem Jahr 2005 wird der steuerfreie Anteil der Rente als Betrag festgeschrieben.

Bei einem Rentenbeginn im Jahr 2005 und früher beträgt der steuerfreie Anteil 50 % als Betrag.

Dieser steuerfreie Anteil mit einem Rentenbeginn in späteren Kalenderjahren wird kontinuierlich abgesenkt.

Bei einem Rentenbeginn im Jahr 2016 beträgt der steuerfreie Anteil 28 %.

Ab dem Jahr 2040 ist die Rente zu 100 % steuerpflichtig.

Durch die Festlegung des steuerfreien Anteils als Betrag werden alle künftigen Rentenerhöhungen

Zu 100 % steuerpflichtig.

Dieser Nachteil soll durch eine höhere Freistellung der Arbeitnehmerbeiträge zu gesetzlichen Rentenversicherung ausgeglichen werden.

Diese höhere Freistellung begann im Jahr 2005 mit 20 % und erreicht erst im Jahr 2025 eine 100%tige Freistellung.

Wer aber im Jahr 2005 in Rente ging, hatte diese höhere Freistellung nicht.

Wer im Jahr 2017 in Rente ging, hatte die Freistellung nur zu einem geringen Teil.

Nach einer Schätzung werden im Juli 2018 ca. 54.000 Rentner neu steuerpflichtig.

54.000 Steuererklärungen müssen beim Finanzamt bearbeitet werden.

Die Arbeit der Lohnsteuerhilfvereine bzw. der Steuerberater kostet Geld.

Wenn man von der Rentenerhöhung

Ca. 18 % Steuern

Ca. 8,4 % Krankenkassenbeitrag und

Ca. 2,55 % Pflegeversicherung

Abzieht, bleibt nicht viel übrig. Hinzu kommen die Kosten für die Bearbeitung

Weitere Möglichkeit zur Reduzierung der Einkommensteuer für Rentner:

Der Werbungskostenpauschbetrag beträgt seit über 30 Jahren 102 €.
Dieser Werbungskostenpauschbetrag sollte auf 300 € erhöht werden.

Die Pauschbeträge für Körperbehinderung sind seit vielen Jahren unverändert.
Bei einer Behinderung von 50 % beträgt der Pauschbetrag 570 €.
Diese Pauschbeträge sollten verdoppelt werden

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss B 10

Betrifft: (K)ein Knall an Silvester

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Die Adressaten sollen sich für zentrale Feuerwerke in der Kommune oder den Kommunen und gegen private Feuerwerke einsetzen.

Begründung:

In der Silvesternacht entstehen durch die Feuerwerke deutschlandweit rund 4.000 bis 5.000t Feinstaub. Das entspricht ca.15% der jährlich im Straßenverkehr freigesetzten Feinstaubmenge. Feinstaubpartikel sind sehr klein und können über die Atemwege in den menschlichen Körper und dort bis in die Bronchien wandern. Teilchen mit einem Durchmesser unter 2,5 Mikrometer (PM 2,5) können in die Lungenbläschen und Teilchen unter 1 Mikrometer sogar in die Blutgefäße vordringen. Das Risiko für Herzinfarkte und Krebs steigt so erheblich.

Haus- und Wildtiere werden einem erheblichen Stress ausgesetzt.

In jeder Silvesternacht kommt es zu zahlreichen Verletzungen, Bränden, Müllbergen und zu Sachbeschädigungen.

In vielen Ländern ist es völlig normal, dass nicht jeder einzelne Feuerwerke abbrennt.

In den Niederlanden wurden in 56 Städten und Gemeinden die private Böllerei verboten und durch ein städtisches Silvesterfeuerwerk ersetzt.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss B 11

Betrifft: Keine (Wild)tiere im Zirkus!

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Wir fordern:

- Ein allgemeines Verbot von Wildtieren in Zirkussen in Deutschland
- Solange dies noch nicht erreicht ist sind Kommunen aufgefordert, keine Auftritte von Wildtierzirkussen zuzulassen.
- Längerfristig muss es unser Ziel sein, nicht nur Wildtiere, sondern alle Tiere aus Zirkussen zu befreien.

Begründung:

Der Zirkus Krone ist nun 111 Jahre und feiert sein Jubiläum. Stolz ist dieser Zirkus vor allem auf die fragwürdigen Darbietungen mit Wildtieren, bei denen zum Beispiel ein Elefant einen Kopfstand macht. Doch Tradition rechtfertigt keine Tierquälerei.

Der Bundesrat hat im März 2016 bereits zum dritten Mal bestätigt, dass Wildtiere (insbesondere Elefanten, Großbären, Nashörner, Flusspferde, Menschenaffen, Giraffen) in einem Zirkus nicht tierschutzgerecht gehalten werden können (BR-Drs. 78/16). In dem Entschluss wird fundiert dargelegt, dass Wildtiere systemimmanent in reisenden Zirkusbetrieben leiden. So z.B. durch die extrem beengte Unterbringung in Transportwagen und provisorischen Gehegen, zum anderen durch die fehlenden Rückzugs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Zudem geht von den genannten Tieren sowie auch von Raubkatzen (z.B. Löwen oder Tigern) ein hohes Gefahrenpotenzial aus. Immer wieder brechen Zirkustiere aus und sorgen für Polizeieinsätze, im schlimmsten Fall werden sie zur Gefahr für die Bevölkerung. So z.B. im Juni 2015 als in der Stadt Buchen (Baden-Württemberg) ein Elefant einen Passanten zu Tode gedrückt hat.

21 europäische Länder, darunter die Niederlande, Österreich und Belgien, haben aus Tierschutzgründen bereits das Mitführen von Wildtieren im Zirkus verboten oder eingeschränkt. Auch zwei Drittel der Deutschen lehnen Wildtiere wie Elefanten, Giraffen oder Tiger in Zirkussen ab, wie eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag von „Frontal 21“ (03.03.2015) ergab.

Bereits über 70 deutsche Städte und Gemeinden, wie z.B. Düsseldorf, Erfurt, Köln, Leipzig, Potsdam, Rostock, Saarbrücken, Schwerin, Stuttgart oder Ulm haben bereits vollständige oder teilweise kommunale Verbote für Wildtierzirkusse beschlossen und vermieten öffentliche Plätze nicht länger an Wildtierzirkusse.

Mehrere Gerichtsentscheidungen bestätigen die Rechtmäßigkeit kommunaler Wildtierverbote

sowie deren Verhältnismäßigkeit gegenüber der Berufsausübungsfreiheit von Zirkussen. Denn jede Kommune hat in Deutschland ein Recht auf Selbstverwaltung und dazu gehört ein weiter Gestaltungsspielraum bei städtischen Flächen. (vgl. VG München 06.08.2014 Az. M 7 K 13.2449, VG Darmstadt 17.10.2016 Az. 3L 2280/16, HessVGH 19.10.16. Az. 8 B 2611/16)

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag B 12 zusammen mit B 13

Betrifft: Verteilungsschlüssel für Pflegekräfte – Situation der Pfleger*innen verbessern

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA:

Wir fordern die Einführung eines staatlich festgelegten Verteilungsschlüssels für die Pflegeberufe in Krankenhäusern. Dieser soll beinhalten, dass tagsüber (6 bis 22 Uhr) eine ausgebildete Pflegekraft für höchstens acht zu pflegende Personen zuständig ist.

Die daraus resultierende Folge ist, dass zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden. Wir fordern, dass diese von staatlich geprüften Fachpersonal besetzt werden.

Wir fordern zudem, dass ab der neunten zu pflegenden Person eine zweite staatlich geprüfte Pflegekraft eingestellt wird.

Des Weiteren soll für den Nachtdienst (22 Uhr bis 6 Uhr) gesetzlich geregelt sein, dass eine staatlich geprüfte Pflegekraft für höchstens 15 Patienten zuständig ist. Der bisherige Schlüssel auf Intensivstationen muss erhalten bleiben.

Begründung:

Alexander Jorde hat es in der Wahlarena in direkter Auseinandersetzung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel gezeigt. Die Arbeitsbedingungen wie auch die Bedingungen die zu pflegenden Personen ist unter der Würde der Menschen. Die Arbeitskräfte sind oftmals deutlich überfordert und bekommen für die von ihnen geleistete Arbeit nicht die zustehende Wertschätzung und Anerkennung. Das Gleiche gilt für die zu pflegenden Personen. Wie er schon festgestellt hat, wird alltäglich die Würde der zu pflegenden Menschen verletzt. Zwar spricht Alexander Jorde von einer Höchstzahl von fünf zu pflegenden Personen bei einem/r PflegerIn nach skandinavischen Vorbild, allerdings sollten wir in der Bundesrepublik Deutschland eine Politik der kleinen, aber dafür effektiven Schritte, der „Hau-Ruck-Politik“ vorziehen. Laut einer aktuellen Studie über staatliche Vorgaben zur Personalausstattung an Krankenhäusern "Nurse-to-Patient-Ratios" ist zu entnehmen, dass es in deutschen Kliniken gemessen an der Patientenzahl deutlich weniger Pflegepersonal als in anderen vergleichbaren Ländern gibt. In Deutschland gibt es doppelt so viele Patienten pro Krankenschwester wie in den Niederlanden. Während sich hierzulande im Schnitt eine Pflegekraft um 13 Patienten kümmert, beträgt das Verhältnis in der Schweiz und in Schweden etwa eins zu acht. In den Niederlanden ist es eins zu sieben. Und in den USA kommen auf eine Krankenschwester sogar nur 5,3 Patienten. Besonders heftig ist der Unterschied bei Nachtdiensten. Für eine Nacht hatte die Gewerkschaft Verdi per Stichprobe im Jahr 2015 ermittelt, dass 17.000 Pflegekräfte bundesweit etwa 324.000 Patienten zu versorgen hatten. Das entspricht einem Verhältnis von eins zu 19. Das Zahlenverhältnis zwischen Pflegern und Patienten sei nicht nur ein wichtiger Gradmesser für die Arbeitsbedingungen, betonten die Wissenschaftler. Sie beeinflusse auch die Qualität der Pflege und die Patientengesundheit. Empirische Studien hätten gezeigt, dass sich die Personalbemessung unter anderem auf das Risiko von Infektionen, Thrombosen und Todesfällen durch zu spät erkannte Komplikationen auswirke.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag B 13 zusammen mit B 12

Betrifft: Verteilungsschlüssel für Pflegekräfte – Situation der Pfleger*innen verbessern

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA:

Wir fordern die Einführung eines staatlich festgelegten Verteilungsschlüssels für die Pflegeberufe in Krankenhäusern. Dieser soll beinhalten, dass tagsüber (6 bis 22 Uhr) eine ausgebildete Pflegekraft für höchstens acht zu pflegende Personen zuständig ist.

Die daraus resultierende Folge ist, dass zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden. Wir fordern, dass diese von staatlich geprüften Fachpersonal besetzt werden.

Wir fordern, dass ab der neunten zu pflegenden Person eine zweite staatlich geprüfte Pflegekraft eingestellt wird.

Des Weiteren soll für den Nachtdienst (22 Uhr bis 6 Uhr) gesetzlich geregelt sein, dass eine staatlich geprüfte Pflegekraft für höchstens 15 Patienten zuständig ist. Der bisherige Schlüssel auf Intensivstationen muss erhalten bleiben.

Begründung:

Alexander Jorde hat es in der Wahlarena in direkter Auseinandersetzung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel gezeigt. Die Arbeitsbedingungen wie auch die Bedingungen die zu pflegenden Personen ist unter der Würde der Menschen. Die Arbeitskräfte sind oftmals deutlich überfordert und bekommen für die von ihnen geleistete Arbeit nicht die zustehende Wertschätzung und Anerkennung. Das Gleiche gilt für die zu pflegenden Personen. Wie er schon festgestellt hat, wird alltäglich die Würde der zu pflegenden Menschen verletzt. Zwar spricht Alexander Jorde von einer Höchstzahl von fünf zu pflegenden Personen bei einem/r PflegerIn nach skandinavischen Vorbild, allerdings sollten wir in der Bundesrepublik Deutschland eine Politik der kleinen, aber dafür effektiven Schritte, der „Hau-Ruck-Politik“ vorziehen. Laut einer aktuellen Studie über staatliche Vorgaben zur Personalausstattung an Krankenhäusern "Nurse-to-Patient-Ratios" ist zu entnehmen, dass es in deutschen Kliniken gemessen an der Patientenzahl deutlich weniger Pflegepersonal als in anderen vergleichbaren Ländern gibt. In Deutschland gibt es doppelt so viele Patienten pro Krankenschwester wie in den Niederlanden. Während sich hierzulande im Schnitt eine Pflegekraft um 13 Patienten kümmert, beträgt das Verhältnis in der Schweiz und in Schweden etwa eins zu acht. In den Niederlanden ist es eins zu sieben. Und in den USA kommen auf eine Krankenschwester sogar nur 5,3 Patienten. Besonders heftig ist der Unterschied bei Nachtdiensten. Für eine Nacht hatte die Gewerkschaft Verdi per Stichprobe im Jahr 2015 ermittelt, dass 17.000 Pflegekräfte bundesweit etwa 324.000 Patienten zu versorgen hatten. Das entspricht einem Verhältnis von eins zu 19. Das Zahlenverhältnis zwischen Pflegern und Patienten sei nicht nur ein wichtiger Gradmesser für die Arbeitsbedingungen, betonten die Wissenschaftler. Sie beeinflusse auch die Qualität der Pflege und die Patientengesundheit. Empirische Studien hätten gezeigt, dass sich die Personalbemessung unter anderem auf das Risiko von Infektionen, Thrombosen und Todesfällen durch zu spät erkannte Komplikationen auswirke.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag B 14

Betrifft: Überholverbot auf zweispurigen Autobahnen

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Die verkehrsrechtlichen Vorschriften sind so zu ändern, dass das Überholen für LKW und Bussen auf zweispurigen Autobahnen nicht zulässig ist.

Begründung:

Gegenseitige und langwierige Überholmanöver von LKW auf zweispurigen Autobahnen provozieren regelmäßig in Länge und zeitlicher Dauer erhebliche Staus. Ein Überholverbort für LKW und Busse auf zweispurigen Autobahnen erhöht die Leistungsfähigkeit der Autobahnen und vermindert die Unfallgefahr.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag B 15

Betrifft: Karenzzeit nach Landtags-, Bundestags und Europaparlamentsmandat

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Zurzeit ist es möglich, direkt nach Mandatsende beispielsweise zu einem großen Konzern zu wechseln und für diesen Lobbyarbeit zu leisten. Berühmte Beispiele aus Gegenwart und Vergangenheit kennen wir alle. Der SPD-Ortsverein Wehlheiden fordert daher die SPD auf, einen gesetzlichen Rahmen für eine Karenzzeit von zwei Jahren nach Mandatsniederlegung zu schaffen. Während dieser Karenzzeit soll es nicht möglich sein, eine gut bezahlte Lobbyistentätigkeit anzunehmen oder unverhältnismäßig hohe Gelder für Vorträge zu erhalten. Gemeinnützige Organisationen mit moderaten Gehältern sind hierbei auszunehmen. Als erstem Schritt soll die SPD mit gutem Beispiel vorangehen.

Begründung:

Viele Politiker schaden dem Ruf des Berufsstands sowie der jeweiligen Partei, indem diese äußerst gut bezahlte Lobbyisten-Jobs annehmen. Das prägnanteste Beispiel ist wahrscheinlich die Autoindustrie, die nach dem Ausscheiden aus politischen Ämtern Matthias Wissmann, Thomas Steg und Eckart von Klæden in hochkarätig bezahlten Lobby-Positionen beschäftigt.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag B 16 wurde zurückgezogen.

Betrifft: Begründete Befristung einschränken

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die begründete Befristung in Form der Projektbefristung nach §14 Abs. 1 Satz 4 TzBfG* wird auf höchstens fünf Jahre festgesetzt.

Begründung:

Im Programm der SPD zur Bundestagswahl war bereits die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung enthalten, der wir aus vollem Herzen zustimmen. In vielen Berufsfeldern gibt es aber auch begründete Befristungen, die wir mit Skepsis betrachten.

Mietverträge, Kredite oder auch Ratenvereinbarungen werden dadurch erheblich erschwert und oft teurer. Regelmäßige Arbeitssuchend-Meldungen verursachen darüber hinaus einen erhöhten Verwaltungsaufwand bei der schon überlasteten Agentur für Arbeit.

Insbesondere die Projektbefristung schafft ein unnötiges prekäres Beschäftigungsverhältnis, das sich bis zur Rente fortsetzen kann. Ohne einen sicheren Arbeitsplatz werden viele Schritte im Leben nicht unternommen, wie der Kauf von Wohnung, Haus, Auto oder auch die Familiengründung.

*(Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge/Teilzeit- und Befristungs-gesetz)

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag B 17

Betrifft: Mieten müssen bezahlbar bleiben

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Die Adressaten werden aufgefordert, alles zu unternehmen, um den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu unterstützen und damit bezahlbare Mieten sicherzustellen.

Weiterhin ist eine Novellierung der Regelung zur "Mietpreisbremse" anzustreben.

Begründung:

Die sogenannte „Mietpreisbremse“ wurde von den SPD Vertretern in der Bundesregierung initiiert. Das war gut und richtig, greift aber nur bedingt.

Es ist wichtig, dass durch die Schaffung neuer Wohnungen, die öffentlich gefördert werden voranzubringen. Die meisten der in den 60er, 70er und 80er Jahren gebauten Sozialwohnungen sind mittlerweile aus der Mietbindung heraus, weil die Fristen abgelaufen sind. Teilweise wurden die Gebäude verkauft und die Wohnungen werden mittlerweile durch private Investoren sehr teuer angeboten.

Nur die Schaffung neuen, geförderten Wohnraums wird die Misere der Wohnungsnot in Oberzentren mindern. Der in den 90er Jahren quasi eingestellte öffentliche Wohnungsbau muss deshalb dringen wieder in Gang gebracht werden.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 1

Betrifft: Konzept zum bürgerschaftlichen Engagement in Kassel aktualisieren

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung jährlich – beginnend in 2019 – einen Bericht über das ehrenamtliche Engagement in Kassel vorzulegen, der ein *aktualisiertes Konzept zur Förderung des Engagements* in Kassel und Entscheidungsvorschläge für die Organe der Stadt Kassel enthält.

Dieses Konzept sollte

- mit den wesentlichen Beteiligten abgestimmt sein
- die erforderliche Infrastruktur mit wettbewerbsfreien Beratungs-, Initiativ-, Kooperations- und Abstimmungsverfahren personell und finanziell auch durch entsprechende, belastbare Vereinbarungen sichern
- die Verortung des Engagements einschließlich der Zivilgesellschaft, der Verwaltungen und der Akteure der Wirtschaft einbeziehen
- die bereits bürgerschaftlich Aktiven fördernd begleiten
- bisher unentschlossene Bürgerinnen und Bürger und andere potenziell Beteiligte dafür gewinnen helfen
- die möglichen Felder des Engagements in Kassel und ihre Bedarfe berücksichtigen
- auf Basis einer aktualisierten Bestandsaufnahme der Bedarfe, Potenziale und Ist-Zustände auch im Licht der Erfahrungen aus anderen Teilen der Bundesrepublik erstellt sein.

Begründung:

Bürgerschaftliches Engagement ist eine wesentliche Säule jeder lebenswerten Gesellschaft. Es

- nimmt Tendenzen notwendiger gesellschaftlicher Veränderung auf
- wirkt der Politikverdrossenheit entgegen, weil es
- über Mitwirkungschancen Identifikation ermöglicht
- Transparenz über Prozesse erhöht,
- Ortsnähe und Beteiligungsfähigkeit herstellt
- der sozialen Stadtentwicklung dient
- die Rahmenbedingungen für Lernfelder stabilisiert und so auch
- demokratische Impulse stetig erneuert.

Soziale Demokratie bleibt nur existent, wenn sie gelebt wird. Sie lässt sich nicht verordnen, wohl aber klimatisch fördern.

Das gilt grundsätzlich für alle Länder des westlichen Kulturkreises. Wer sich hier - am Gemeinwohl orientiert und unentgeltlich - engagiert,

- erleichtert gedeihliches Zusammenleben in gutem menschlichem Geist
- trägt zur Bewältigung bedeutender gesellschaftlicher Aufgaben bei
- bereichert erforderliche Problemlösungen durch oft kreative Ansätze
- ergänzt die Initiativen der Verwaltungen und Unternehmen um unverzichtbaren persönlichen Einsatz eigener Art
- erfährt nicht zuletzt selbst die Bestätigung von Lebenssinn.

Viele setzen sich bereits – auch in Kassel – auf diese Weise für das Gemeinwohl ein. Bei diesen jetzt Aktiven deuten sich zudem teilweise heute noch nicht realisierte Möglichkeiten an. Das gilt auch für die gegenwärtig nicht Engagierten und die noch nie Engagierten. Dabei

spielt die Begleitung durch Information, Beratung, gewisse gemeinschaftliche Regeln usw. eine beträchtliche Rolle, z. B. bei den zunehmend gesund und aktiv in den Ruhestand getretenen „Jungen Alten“, die oft motiviert und zudem durch lange Lebens- und Berufserfahrung qualifiziert sind.

Der Bedarf ist auch in Kassel auf vielen Feldern möglichen Engagements hoch. Die große Zahl der Themen und Handlungsansätze, die oft sehr kreativ über „Graswurzelbewegungen“ oder institutionell in ganz Deutschland entwickelt worden ist und ganze Bibliotheken füllt, spricht für sich. Dieser Bedarf wächst ständig, zugleich mit dem Wandel im Zuschnitt der Berufe und dadurch möglichen neuen Kooperationsformen. Andererseits bleibt die Fluktuation bei den freiwillig Engagierten naturbedingt hoch.

Die Potenziale des Engagements dürfen deshalb nicht dem Zufall überlassen bleiben. In Kassel gilt dies z. B. für die ambitionierten Pläne zum Ausbau der Kulturlandschaften und insbesondere die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025, aber auch viele andere Themen, etwa auf den Feldern sozialer Hilfe, des Umweltschutzes und des Klimawandels.

Auf sich allein gestellt kann allerdings kaum jemand die Früchte bürgerschaftlichen Engagements ernten. Vielfach ist sogar das Zusammenwirken der Akteure aller drei Sektoren erforderlich, also der Zivilgesellschaft, der Unternehmenswelt und der Verwaltungen. Diese handeln nach unterschiedlichen Prinzipien und sollten gleichwohl zusammenfinden. Dass dies trotz großen persönlichen Engagements kein Selbstläufer ist, hat nicht zuletzt die Flüchtlingskrise gezeigt.

Aus allen diesen Gründen haben die Beteiligten mancher zukunftsgewandten Region inzwischen Engagement-Strategien entwickelt und Absprachen getroffen, die zwar je nach Blickwinkel unterschiedlich heißen, jedoch auf die Handlungsfähigkeit des Engagements gerichtet sind.

Auch Kassel braucht, um alle vom Bedarf getragenen Chancen tatsächlich ergreifen zu können, eine gemeinsame passgerechte Engagement-Strategie für

- die Kooperation zwischen den unterschiedlichen beteiligten Sphären,
- die Sicherung einiger beratender und begleitender Dienstleistungen hoher fachlicher Qualifikation,
- die Stabilisierung der sonstigen Rahmenbedingungen erfolgreichen Engagements.

Bei der Bestandsaufnahme und Konzeptentwicklung sollten neben vorhandenen Infrastruktur-Einrichtungen wie dem - neutralen und überparteilichen - Freiwilligenzentrum Kassel die wesentlichen Vertreter der drei erwähnten Engagement-Sektoren (Zivilgesellschaft, Verwaltungen, Unternehmen) einbezogen werden. Diese Entwicklungsarbeit kann zugleich die spätere Routine bei der Umsetzung der Ergebnisse mit einer vermutlich zu erweiternden Kooperation vorbereiten.

Solche Prozesse benötigen eine Koordination, die nach Lage der Dinge und aller Erfahrung bei der politisch gewählten operativen Spitze der Stadt Kassel liegen sollte, zumal viele Dezernatsbereiche von Engagement-Fragen berührt werden.

Für alle Beteiligten werden sich die Chancen nachhaltig verbessern, ihre eigenen Absichten und Ziele im wohlverstandenen Sinne bestmöglich zu erreichen. An alle Beteiligten geht deshalb der Appell, sich auf die erforderlichen gemeinsamen Ziele und Instrumente zu verständigen und im Zweifel die dazu notwendigen Überlegungen in den Vordergrund zu stellen.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 2

Betrifft: Errichtung neuer E-Tankstellen bis 2025

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau der Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe in Kassel auszubauen.

Begründung:

Die Investitionen in Elektroautos in Deutschland stagniert. Ein Grund dafür ist, dass es im Gegensatz zu Fahrzeugen, wie mit Benzin, Diesel oder Gas betrieben werden, keine ausreichende Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Deshalb muss die Zahl der E-Tankstellen deutlich erhöht werden. Allerdings nicht nur an Autobahnen, sondern ebenso in den Städten und Gemeinden sowie im ländlichen Bereich. Nur so kann eine ausreichende Energieversorgung gewährleistet werden. Zusätzlich trägt die Bundesrepublik Deutschland damit auch einen großen Beitrag zur Energiewende bei und wird ihrer staatlichen Verantwortung gerecht.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 3

Betrifft: Errichtung neuer E-Tankstellen bis 2025

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau der Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe in Kassel auszubauen.

Begründung:

Die Investitionen in Elektroautos in Deutschland stagniert. Ein Grund dafür ist, dass es im Gegensatz zu Fahrzeugen, wie mit Benzin, Diesel oder Gas betrieben werden, keine ausreichende Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Deshalb muss die Zahl der E-Tankstellen deutlich erhöht werden. Allerdings nicht nur an Autobahnen, sondern ebenso in den Städten und Gemeinden sowie im ländlichen Bereich. Nur so kann eine ausreichende Energieversorgung gewährleistet werden.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 4

Betrifft: Poller ästhetisch ins Stadtbild einfügen

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Die seit 2016 genutzten Betonpoller verschandeln das Stadtbild. Der SPD-Ortsverein Wehlheiden schlägt daher vor, die Poller in ein ästhetisches Gesamtkonzept einzufügen und beispielsweise zum Märchenweihnachtsmarkt als Geschenke zu verkleiden.

Begründung:

Als reine Betonklötze erinnern die Poller nur an mögliche Gefahren bei einem Besuch der Innenstadt. Sie sollen ihre Schutzfunktion erfüllen, ohne das Gesamtbild zu beeinträchtigen und die Kasseler Bürger und Touristen zu verunsichern.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 5

Betrifft: E-Mobilität fördern – Feinstaubbelastung verringern

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Wir fordern unsere Stadtverordnetenfraktion dazu auf sich dafür einzusetzen, den städtischen Fuhrpark zu dekarbonisieren.

Begründung:

Laut dem Umweltbundesamt werden zahlreiche Grenzwerte für Feinstaub der Bundesrepublik Deutschland überschritten. Soll das Problem ernsthaft und glaubwürdig bekämpft werden, muss man bei den Ursachen beginnen, die zur Umweltverschmutzung durch Abgase hervorrufen. Nur dadurch kann die Feinstaubbelastung erheblich gesenkt und der Staat seiner Vorbildfunktion gerecht werden.

Zusätzlich wird durch diese Regelung die bisher ausbleibende Nachfrage an E-Fahrzeugen deutlich erhöht. Unsere Ziele sind die Verringerung von Feinstaub und Abgasen sowie den Anreiz die Industrie zu schaffen, bessere Produkte für den Markt zu entwickeln.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 6

Betrifft: E-Mobilität fördern – Feinstaubbelastung verringern

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Wir fordern unsere Stadtverordneten-Fraktion dazu auf sich dafür einzusetzen den städtischen Fuhrpark zu dekarbonisieren.

Begründung:

Laut dem Umweltbundesamt werden zahlreiche Grenzwerte für Feinstaub der Bundesrepublik Deutschland überschritten. Soll das Problem ernsthaft und glaubwürdig bekämpft werden, muss man bei den Ursachen beginnen, die zur Umweltverschmutzung durch Abgase hervorrufen. Nur dadurch kann die Feinstaubbelastung gesenkt und der Stadt Kassel seiner Vorbildfunktion gerecht werden.

Zusätzlich wird durch diese Regelung die bisher ausbleibende Nachfrage an E-Fahrzeugen deutlich erhöht. Unsere Ziele sind die Verringerung von Feinstaub und Abgasen sowie den Anreiz die Industrie zu schaffen, bessere Produkte für den Markt zu entwickeln.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 7

Betrifft: Umrüstung des öffentlichen Fuhrparks auf alternative Antriebe

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Die Adressaten werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass öffentliche Fuhrparks schnellstens auf alternative Antriebe umgestellt werden.

Begründung:

Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen und schnellstens ihren Fuhrpark auf alternative Antriebe umrüsten. So können Elektrofahrzeuge im Kurzstreckenbetrieb sehr effektiv eingesetzt werden und stehen im Nutzwert Fahrzeugen mit herkömmlichen Antrieb in nichts nach.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 8

Betrifft: Erneuerbare Energie für Kassel

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Wir fordern die SPD-Stadtverordnetenfraktion und SPD-Mitglieder im Magistrat auf, darauf hinzuwirken, in bzw. auf allen städtischen Liegenschaften Erneuerbare Energien und Effizienztechnologien zur Bereitstellung von Strom und Wärme zu nutzen. Hierzu sind verschiedene Betriebsformen möglich (bspw. Contracting) und Kooperationen mit den Städtischen Werken, der Bürger Energie Kassel Söhre und ggf. weiteren lokalen Akteuren anzustreben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 9

Betrifft: Eine Straße für Erich

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Dem Anwalt, Sozialisten und Präsidenten des Landgerichts Kassels, Erich Lewinski (01.01.1899 – 16.02.1956) soll eine Straße in Kassel gewidmet werden.

Begründung:

Der Weggefährte von Nora Platiel, Mitglied des ISK und der SPD, war von 1923 - 1933 in Kassel als Rechtsanwalt zugelassen und kämpfte vor Gericht gegen den späteren Präsidenten des NS-Volkgerichtshofes, Roland Freisler.

Im Pariser Exil eröffnete er mit seiner Frau das „Restaurant Végétariens des Boulevards (d'après Bircher-Benner) 28 Boulevard Poissonnière“, welches den Emigranten ein Treffpunkt wurde und durch die Einnahmen von täglich bis zu 500 Gästen den Emigranten als Lebensunterhalt diente sowie die politische Arbeit im Exil unterstützte.

1940–1941 gehörte Lewinski zum Emergency Rescue Committee in Südfrankreich. In Marseille koordinierte er Rettungsaktionen für bedrohte SPD-Funktionäre zusammen mit Fritz Heine. 1941 gelang ihm über Spanien und Portugal die Flucht in die USA, dort war er unter anderem Büroangestellter und Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des „German-American Council for the Liberation of Germany from Nazism“.

1947 kehrte Lewinski nach Kassel zurück und wurde dort Landgerichtsdirektor und seit 1949 Präsident des Landgerichts Kassel. Dabei trat er für eine umfassende Reform des deutschen Justizwesens und eine demokratische Erneuerung ein. Er engagierte sich auch kulturpolitisch und wurde Mitbegründer der Kasseler Documenta.

Im Landgericht Kassel ist eine Säule Erich Lewinski gewidmet. Diese wurde mit seiner Aussage „that the idea of justice has priority, if the laws are criminal“ beschrieben.

Es wird Zeit, dass Erich auch außerhalb des Landgerichts gedacht wird.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 10

Betrifft: Quartierskonzepte für Kassel

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Wir fordern die SPD-Stadtverordnetenfraktion und SPD-Mitglieder im Magistrat auf, darauf hinzuwirken, in möglichst vielen Kasseler Stadtteilen „Integrierte Quartierskonzepte“ (KfW-Programm 432 – Energetische Stadtsanierung) zu beantragen und durchzuführen. Dazu sollen Bundesmittel und alsbald verfügbar Landesmittel kombiniert und so Förderquoten von bis zu 95 % erreicht werden.

Begründung:

Integrierte energetische Quartierskonzepte benennen Ziele und Umsetzungsstrategien für die energieeffiziente Stadt. Ein abgestimmtes Handlungskonzept ist eine wichtige Grundlage für die Stärkung der Zukunftsfähigkeit unserer Städte. Durch die Einbindung aller relevanten Akteure – Bürger, Wohnungswirtschaft, private Eigentümer, Mieter und Energieversorger – werden gemeinsam getragene Ansätze möglich.

Das Programm verknüpft Anforderungen an die energetische Gebäudesanierung, effiziente Energieversorgungssysteme und den Ausbau erneuerbarer Energien mit demografischen, ökonomischen, städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Fragestellungen. Ein Sanierungsmanagement kann die Umsetzung als kooperativen Prozess begleiten und beschleunigen.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 11

Betrifft: Der Bagger macht vielmehr als nur den alten Schlachthof platt

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Wir wollen kein weiteres Geld in einen kommunalen Schlachthof zu investieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 12

Betrifft: Perspektiven für die Untere Königsstraße und Jägerstraße

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Die SPD-Fraktion der Kasseler Stadtverordnetenversammlung wird gebeten eine kommunale Entwicklungsperspektive mit Schwerpunkt Förderung der „Migranten-Ökonomie“ für den Bereich Stern, Untere Königstraße und Jägerstraße zu entwickeln.

Dies soll beinhalten:

- Die Ausarbeitung eines „Integrierten Entwicklungskonzeptes“ (ISEK) für die Stadtteile Wesertor und Nord-Holland (sofern nicht vorhanden)
- Die Eröffnung eines Quartiersbüros in der Unteren Königsstraße oder Jägerstraße
- die Einrichtung einer Beratungsstelle „Stärkung der Migranten-Ökonomie“ (interkulturelle Existenzgründungs-, Nachfolge-, Fördermittel- und Ausbildungsberatung, Verweisberatung zur anderen Fachberatungsdiensten),
- die Einstellung eines Quartiershausmeisters,

Der Magistrat der Stadt Kassel soll ferner dafür Sorge tragen, dass der Quartiersbereich in den Genuss von Städtebauförderungs- und Verschönerungs- und sozialer Maßnahmen ähnlich wie in der Friedrich-Ebert oder Oberen Königsstraße kommt.

Begründung:

Der Bereich Stern, Untere Königsstraße, Jägerstraße wird in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals als „Brennpunkt“ oder gar als „Kriminalitätsschwerpunkt“ (HNA) bezeichnet. Der Quartiersbereich wird in Zusammenhang gebracht mit Drogen, Gewalt, Prostitution und die Entwicklung einer randständigen, ethnisch geprägten Ökonomie mit niedrigen Qualifikationsanforderungen und Ertragsaussichten, die als „minderwertig“ gelten.

Für unvoreingenommene Beobachter des Viertels ergibt sich aber auch eine positive, das Stadtbild bereichernde Perspektive. So ist davon auszugehen, dass die Gewerbetreibenden sehr hohe Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung ihre Laden-, Praxis- und Bewertungsflächen vorgenommen haben. Dadurch sind zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, und das Viertel hat eine Individualität ausgeprägt, in der Vereinheitlichungstendenzen, wie sie in andere Städten beklagt werden (Dominanz von Ladenketten, 1-Euro-Läden, Leerstand), bislang nicht angekommen sind. Die documenta 14 hat gezeigt, dass dieser städtische Bereich für Besucherinnen und Besucher eine hohe Anziehungskraft ausgestrahlt hat.

Nun muss es darum gehen, diese positive Entwicklung aufzunehmen, zu begleiten und zu stärken sowie die negativen Erscheinungen einzudämmen. Dabei muss die Stadt Kassel die Federführung einer zugewandten aber klar umrissenen Quartiersentwicklung fest in der Hand haben. In enger Zusammenarbeit mit den Gewerbetreibenden, Anwohnern und der kommunalen Stadtentwicklung muss eine Interessenabfrage und Förderung der Quartierszüge erfolgen.

Die Gewerbetreibenden selbst sehen mit Sorge das Negativbild, das sich in der öffentlichen Meinung abzeichnet und haben gegenüber Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung, der Parteien, des Ausländerbeirats und unternehmerischer Interessenverbände Vorschläge und Anmerkungen gemacht. Diese Offenheit in der

Unternehmerschaft des Viertels sollte genutzt werden, um das Quartier teilhabeorientiert zukunftsfähig und attraktiv für alle Kasselerinnen und Kasseler zu entwickeln.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 13

Betrifft: Kassel nimmt an „Politik bei uns“ teil

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Kassel soll sich am OpenData Portal „Politik bei uns“ beteiligen.

Begründung:

„Offene Daten und „Open-Government“ sind wichtige Pfeiler einer modernen und bürgernahen Verwaltung.

Hierbei ist es insbesondere wichtig, politische Entscheidungen transparent und leicht verständlich darzustellen. Damit wird dem Bürger und der Wirtschaft ein einfacher Überblick über politische Entscheidungsfindung eröffnet, Bürgerbeteiligung erleichtert und dem allgemein verbreiteten Politikverdruss entgegengewirkt.

Ein niederschwelliger Einstieg kann hierbei die Teilnahme an dem Portal „Politik für uns“ sein. Die bisherigen Instrumente, die das Ratsinformationssystem (RIS) der Stadt Kassel bietet, sind funktional allerdings an der Arbeit der Politik und Verwaltung orientiert. Beide Gruppen sind in politischen Entscheidungsprozessen geübt, arbeiten regelmäßig mit der Software und können diese daher gut nutzen.

Das Projekt „Politik für uns“ bringt eine neue, bürgerfreundliche Darstellung der offiziellen RIS-Dokumente mit. Es beantwortet für den Bürger mit einer einfachen, intuitiven Nutzeroberfläche die Fragen „Was macht meine Stadt?“, „Was macht meine Verwaltung?“, „Was macht die Politik?“, „Was geschieht in meinem Quartier?“, „Was geschieht in meiner Straße?“ und vieles mehr.

Eine Teilnahme ist einfach. Es ist lediglich erforderlich, das OParl-Modul des RIS anzuschaffen, zu installieren und die Schnittstellen für den „Politik für uns“-Server zu öffnen.

Die Datenübernahme von den RIS-Servern findet nachts statt, so dass keinerlei Performance-Beeinträchtigungen im Tagesbetrieb stattfinden. Hierbei wird nur auf öffentliche Dokumente zugegriffen.

Die Schnittstelle ist bei allen marktüblichen RIS-Herstellern verfügbar.

Es gibt viele Argumente für die Teilnahme an „Politik bei uns“, diese sind nachfolgend dargelegt:

- Offene Bereitstellung von Daten rund um die Ratsarbeit, damit Erhöhung der Transparenz des politischen Handelns.
- Indirekte Stärkung von Bürgerbeteiligung, weil Beschlüsse offen und nachvollziehbar gefunden werden.
- Automatisierte Georeferenzierung. Damit ist eine Suche nach Gebäuden, Adressen oder Straßen möglich.
- Suche übergreifend über mehrere Kommunen. Somit auch ein interner Mehrwert für die Suche nach gleichartigen Entscheidungsvorlagen anderer Kommunen.
- Stichwortsuche über den Volltext, aber auch mit vom Bürger oder der Politik selbst generierten Stichworten.
- Volltext über alle Dokumente, der in Bruchteilen von Sekunden durchsucht werden kann.
- Kommentarfunktion mit automatisierter Info an die Verwaltung.
- Suche ohne Fachwissen einfach und übersichtlich möglich.

- Unterstützung des ersten ehrenamtlichen Standards für die Bereitstellung offener Daten in Deutschland und damit Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der Bürgerschaft.

Das Projekt wurde als „Pilotprojekt Kommunales Open Government in NRW“ gefördert und bestand aus der Einführung von OParl in 27 Kommunen unter Beteiligung von drei verschiedenen Ratsinformationssystem-Herstellern sowie der Neuentwicklung von „Politik bei Uns“. Eingereicht wurde es vom KDVZ Rhein-Erft-Rur, Kooperationspartner sind die Open Knowledge Foundation sowie das OParl-Core-Team-Mitglied Ernesto Ruge. Der Fokus des Projektes lag darauf, die Daten der Kommunen bürgerfreundlich in einem einzigen Portal zusammenzubringen.

Weitere Informationen zu den bei „Politik bei uns“ beteiligten Institutionen finden Sie unter <https://politik-bei-uns.de> und <https://oparl.org>.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 14 wurde zurückgezogen.

Betrifft: Wohnungen im Akazienweg als Sozialwohnungen vermieten

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Stadtverordnetenfraktion und SPD-Mitglieder im Magistrat auf, darauf hinzuwirken, dass die Stadt Kassel die angemieteten Wohnungen im Akazienweg als Sozialwohnungen vermietet.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag L 1

Betrifft: Inklusion

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Wir fordern, dass die Inklusion ernsthaft, aber mit Augenmaß angegangen wird. Kinder mit inklusiven Hintergrund sollen nach ihren Leistungen sowie ihren Möglichkeiten in regulären Schulklassen unterrichtet werden. Dazu ist es nötig, die Schulsozialarbeit aufzustocken und mehr förderpädagogisches Personal einzustellen. Jede Schule muss mindestens eine ganze Sozialarbeiter*innenstelle haben, die Größe des förderpädagogischen Personals muss sich hingegen an die Anzahl der zu inkludierenden Kinder anpassen. Wir fordern, dass inklusive Klassen der Sekundarstufe II nicht größer als 18 Kinder sein dürfen, davon vier mit Kinder mit inklusiven Hintergrund. In jeder Inklusionsklasse muss neben dem/der Fachlehrer+in immer auch ein/eine Förderschullehrer+in unterrichten. Zusätzlich fordern wir, dass als erster Schritt schwerpunktmäßig geeignete Schulen barrierefrei gestaltet und auf die speziellen Bedürfnisse der Kinder eingestellt werden. Nach der Vollendung der schulischen Laufbahn müssen Zukunftsperspektiven geboten werden. Dafür ist eine Durchlässigkeit in den Arbeitsmarkt oder weiterführende Bildungseinrichtungen erforderlich. Inklusion darf kein Bildungsausgaben kürzen durch die Hintertür sein.

Begründung:

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit dem Unterzeichnen der EU-Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet, Menschen mit körperlichen und geistigen Defiziten in allen Bereichen der Gesellschaft gleiche Rechte zu ermöglichen.

Beim gemeinsamen Lernen geht es dabei aber nicht nur um die Vermittlung von Unterrichtsinhalten, sondern auch um das Lernen fürs Leben. Um das zu gewährleisten, ist eine Aufstockung des sozial- und förderpädagogischen Personals unabdingbar, um ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, am regulären Schulleben teilnehmen zu können.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag L 2

Betrifft: Jugend muss Demokratie leben dürfen: Aktives Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen und Landtagswahlen

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Niedersachsen im Norden hat es, Baden-Württemberg im Süden hat es, NRW westlich und auch Thüringen östlich von Hessen: Das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen und Landtagswahlen.

In Hessen selbst gibt es dies nicht mehr. Die Einführung vor 20 Jahren im Jahr 1998 wurde bereits 1999 durch die Regierung unter Roland Koch rückgängig gemacht. Dies geschah noch vor den Kommunalwahlen 2001, so dass die Teilnahme an Wahlen für 16- und 17-Jährige in Hessen niemals möglich war.

Wir fordern die erneute Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren bereits ab der nächsten Kommunalwahl.

Begründung:

Der Schritt der Enquetekommission, das passive Wahlalter bei Landtagswahlen auch in Hessen als letztem Bundesland auf 18 zu senken geht bereits in die richtige Richtung. Das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen ermöglicht aber eine echte Partizipation gerade der Menschen, die direkt vor Ort betroffen sind und auch noch lange betroffen sein werden.

Die heutige Politik ist, auch in Kommunalparlamenten, geprägt von Rechtspopulisten. Nicht nur daher ist es wichtig, die Jugend früh an unser demokratisches System heranzuführen. Dies geschieht am besten durch die aktive Partizipation, insbesondere bei Wahlen. Demokratie muss gelebt werden. 20 Jahre später sollten wir schon weiter sein!

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag L 3

Betrifft: Abituraufgaben

Die Mitgliederversammlung beschloss die Überweisung an den UBA.

Die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter im Hessischen Landtag mögen sich dafür einsetzen, dass alle schriftlichen Abituraufgaben des hessischen Landesabiturs bis spätestens eine Woche nach dem Abschluss des Bewertungsprozesses kostenlos und mit der ausdrücklichen Bitte um Nutzung sowie Weiterverarbeitung auf der Internetseite des Hessischen Kultusministeriums hochgeladen werden. Überdies sollen die schriftlichen Abituraufgaben der Jahre 2015 ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Für die Vorbereitung auf ein zu schreibendes Abitur eignen sich die Abituraufgaben der Vorjahre. Es erscheint nicht nachvollziehbar, dass die unter hohen steuerlichen und personellen Aufwand generierten Aufgaben an Verlage verkauft werden, welche diese mit kräftigem Gewinn in Form von Büchern an angehende Abiturienten weiterverkaufen.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss O 1 zusammen mit O 2 und O 3

Betrifft: Neuausrichtung der SPD

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Die Adressaten werden aufgefordert, auf allen Ebenen der Partei Kommissionen einzurichten, die den inhaltlichen und organisatorischen Neuaufstellungsprozess mit Inhalten erfüllen und sich dabei an dem orientieren, was für die große Mehrheit der Menschen am dringendsten und darüber hinaus perspektivisch am nötigsten politisch auf den Weg gebracht werden muss.

Diese Kommissionen, die offen für alle Mitglieder sein müssen, sollen das Gerüst innerhalb der SPD entwickeln, um Richtungsänderungen der bisherigen Politik voranzubringen, die für die Menschen in beruflicher Beschäftigung und im Geflecht der Sozial- und Bildungssysteme mittel- und langfristig spürbare Erfolge bringen müssen.

Begründung:

Dem laut SPD-Parteitagbeschluss notwendigen inhaltlichen und organisatorischen Neuaufstellungsprozess fehlen bisher die Konturen, sowohl programmatisch als auch strukturell und personell.

Dieser Neuaufstellungsprozess kann nur gelingen, wenn unsere Partei sich wieder in die Tradition von August Bebel und Willy Brandt stellt. Willy Brandt hat mit seiner Reformpolitik insbesondere die junge Generation mitgerissen und die SPD mehrheitsfähig gemacht. Anders als damals verkörpert die SPD heute keine überzeugende Alternative zu den übrigen Parteien, was die desaströsen Wahlergebnisse gezeigt haben.

Was wir brauchen, sind Inhalte mit fortschrittlichen Ideen und neue Köpfe, die eine politische Aufbruchsstimmung verbreiten.

Nehmen wir das Bildungswesen als zentralen Punkt, welches im Zeitalter des Neoliberalismus durch eine zunehmende Spaltung in verwehrte öffentliche Schulen für die Vielen und staatlich subventionierte Bildungsoasen für Wenige daherkommt.

Oder nehmen wir den Bereich Digitalisierung/Gute Arbeit 4.0. hier kann es nicht bei Appellen an die Sozialpartner und dem Hinweis auf Weiterbildungsberatungsangebote bleiben, sondern es müssen konkrete Vorschläge zur Zukunft der Arbeit und zur Sicherung der Sozialsysteme gemacht werden.

Dies erfordert eine endgültige politische Abkehr von den Vorstellungen des Neoliberalismus. Denn dieser ist gescheitert und hat eine Spaltung der Bevölkerung mit bewirkt.

Die SPD muss wieder die Partei des Demokratischen Sozialismus werden. D. h. auch Schutzmacht für die Schwachen und Benachteiligten.

Was wir brauchen: eine deutliche Bildungsexpansion, einen sozialen kommunalen Wohnungsbau, eine „echte“ Mietpreisbremse, eine Bodenrechtsreform, eine Agrarwende und reale Schritte zum Klimaschutz, um nur einige Aufgaben zu benennen.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss O 2 zusammen mit O 1 und O 3

Betrifft: Inhaltliche Erneuerung der Partei

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Der Adressat wird aufgefordert, unverzüglich eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene einzurichten -in der alle Bezirke der SPD vertreten sind-, die die Aufgabe hat, die inhaltliche Erneuerung der Partei voranzutreiben.

Dabei sollen u.a. folgende Fragen bearbeitet werden:

- Wie kann die Globalisierung so gestaltet werden, dass alle Menschen davon profitieren?
- Welchen Beitrag kann und muss der Staat zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland leisten?
- Welchen Beitrag muss die SPD zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt und zum Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele leisten?
- Welche konkreten Vorstellungen hat die SPD zu einer gerechteren Gesellschaft in den verschiedenen Politikfeldern (z.B. Bildung, Arbeit, Rente, Pflege, Steuern)?
- Welche Antworten hat die SPD für die vielen Menschen, die vom gesellschaftlichen Abstieg bedroht sind und/oder sich von den politischen Akteuren nicht mehr wahrgenommen fühlen?
- Welche Vorstellungen hat die SPD zu einem geeinten Europa, dessen Zusammenhalt nicht nur wirtschaftlich und monetär, sondern vor allem sozial definiert ist?
- Wie stellt sich die SPD die Reaktivierung der Sozialistischen Internationale vor, um der weltweiten Macht der Konzerne eine weltweite Macht der Solidarität entgegenzusetzen?
- Wie kann die SPD wieder stärker ihrer früheren Rolle als Partei des Friedens gerecht werden?

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss O 3 zusammen mit O 1 und O 2

Betrifft: Neuausrichtung der SPD

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Dem laut SPD-Parteibeschluss notwendigen „inhaltlichen und organisatorischen Neuaufstellungsprozess“ fehlen bisher die Konturen, sowohl programmatisch als auch strukturell und personell. Wir brauchen deshalb von der Ebene der OV's über die UB's bis hin zur Bundespartei Kommissionen, die diesen Prozess mit Inhalten füllen und sich dabei an dem orientieren, was für die große Mehrheit der Menschen am dringendsten und darüber hinaus perspektivisch am nötigsten politisch auf den Weg gebracht werden muss.

Diese Kommissionen, die offen für alle Mitglieder sein müssen, sollen das Gerüst innerhalb der SPD entwickeln, um Richtungsänderungen der bisherigen Politik voranzubringen, die für die Menschen in beruflicher Beschäftigung und im Geflecht der Sozial- und Bildungssysteme spürbare Erfolge bringen, und zwar mittel- und langfristig.

Begründung:

Statt die programmatische Linie der Ex-Regierungen H. Schmidt und G. Schröder fortzusetzen, muss sich die Partei wieder in die Traditionen von August Bebel und Willy Brandt stellen. W. Brandt hat damals mit seiner Reformpolitik junge Generationen mitgerissen und so die SPD mehrheitsfähig gemacht.

Anders als damals verkörpert die SPD heute keine überzeugende Alternative zu den übrigen Parteien, was die verheerenden Wahlergebnisse zeigen.

Was sie braucht, sind Inhalte mit fortschrittlichen Ideen und neue Köpfe, die eine politische Aufbruchstimmung verbreiten.

Nehmen wir das Bildungswesen als zentralen Punkt, welches im Zeitalter des Neoliberalismus durch eine zunehmende Spaltung in verwahrloste öffentliche Schulen für die vielen und staatlich subventionierte Bildungsstätten für Wenige daherkommt.

Dieser Prozess muss gestoppt werden.

Ein Hinweis in diesem Zusammenhang: Mit einer 0,5%igen Steuer auf Vermögen, könnte die Zahl der Lehrkräfte auf das Niveau von Finnland oder Luxemburg gebracht werden.

Also, was wir brauchen: eine deutliche Bildungsexpansion, einen kommunalen Wohnungsbau, eine „echte“ Mietbremse, eine Bodenrechtsreform, eine Agrarwende und reale Schritte zum Klimaschutz. Dies wären systemüberwindende Reformen, die den Raum der öffentlichen Güter und der Daseinsvorsorge erweitern und alles, was ein gutes Leben sichert, dem Markt entziehen würden. Ein sozusagen investierender, aktiver Staat wäre eine epochale Antwort auf eine Wirtschaft im Neoliberalismus, deren Dynamik das Leben der einzelnen zunehmend unsicher macht. An dieser Stelle wären wir bei der Parole der alten Sozialdemokratie angelangt, nämlich den Zukunftsstaat zu schaffen.

Ganz im Sinne von Parlamentariern wie A. Bebel oder W. Brandt, die diese Visionen konkret dargestellt und als motivierenden Horizont des täglichen Handelns begriffen, und dies nicht nur im „Kurzfristdenken“ der heutigen Zeit von einer Wahlperiode zur nächsten letztlich untergehen lassen. Die SPD von heute muss also den Versuch wagen, auch mit neuen Köpfen grundsätzliche Richtungsänderungen im o. g. Sinne anzupacken. Das heißt aber auch, dass mit der Generation Schröder solche Politikfelder eher nicht umzusetzen sind. Wer

meint, dies sei alles in der jetzigen Zeit sehr unrealistisch, dem sei mit B. Brecht gesagt, „dass Umwälzungen nur in Sackgassen stattfinden“.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss O 4

Betrifft: Beschlüsse ernstnehmen

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Der Vorstand wird beauftragt, über die Umsetzung der Beschlüsse der Gliederung auf jeder folgenden ordentlichen Mitgliederversammlung/Parteitag schriftlich zu berichten. Dabei sind auch an andere Gremien verwiesene Beschlüsse zu berücksichtigen. Die Beschlüsse sowie die Berichte sollen auf der Internetseite veröffentlicht werden.

Die Mitglieder des Vorstands sollen sich zudem zu Beginn ihrer Amtszeit inhaltliche Arbeitsbereiche zuteilen und sich neben eigenen Anträgen um mindestens zwei weitere nicht von ihnen kommenden Anträge kümmern. Dies kann die Unterstützung auf Parteiveranstaltungen oder Gespräche mit den entsprechenden Personen (z.B. Zuständige in der Fraktion) umfassen.

Begründung:

Erfolgte mündlich.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag O 5

Betrifft: Profilschärfung - Parteivorsitz als „Gesicht“ der Partei

Die Mitgliederversammlung beschloss die Weiterleitung an den UBV.

Wir als SPD benötigen eine klare Schärfung unseres eigenen Profils, jetzt und in Zukunft. Der SPD-Ortsverein Wehlheiden fordert die Parteispitze daher auf, das Organisationsstatut dahingehend zu ändern, dass eine Personalunion von Parteivorsitz und Ministeramt bzw. Fraktionsvorsitz als Juniorpartner einer Koalition nicht möglich ist.

Begründung:

Im Rahmen der Parteierneuerung ist es dringend notwendig, das eigene Profil zu schärfen. Eine aktive Mitarbeit als Minister verhindert eine notwendige kritische Haltung zur Union. Ähnliches gilt für den Fraktionsvorsitz. Ein Amt, in dem es zur Aufgabe gehört, den Fraktionszwang auch bei Unionsideen zu wahren, ist nicht vereinbar mit der Rolle des Parteivorsitzes. Der Parteivorsitz ist, und muss auch in den Augen der Öffentlichkeit, das „Gesicht“ der SPD sein und in erster Linie mit dieser in Verbindung gebracht werden.

Wir brauchen eine deutliche Abgrenzung zu anderen Parteien, eine Schärfung unseres eigenen Profils und die zukünftige Möglichkeit, den Kanzler bzw. die Kanzlerin zu stellen!

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss O 6

Betrifft: Wahlkreisdelegiertenkonferenz zur Landtagswahl

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Direkt gewählte Landtagsabgeordnete vertreten die Bevölkerung ihres jeweiligen Wahlkreises. In Kassel werden die Kandidaten und Kandidatinnen aber bisher von den Delegierten zweier Wahlkreise gewählt, indem vom vorgesehenen Ablauf abgewichen wird und eine Ausnahmeregelung im Gesetz Anwendung findet. Der SPD-Ortsverein Wehlheiden fordert daher, dass die Kandidierenden ausschließlich von den Delegierten des jeweiligen Wahlkreises gewählt werden.

Begründung:

Werden nur die Mitglieder des jeweiligen Wahlkreises zur Nominierung herangezogen, wird ein deutlicheres Stimmungsbild sichtbar. Nach den derzeitigen Mitgliederzahlen wäre es sogar denkbar, dass die Kandidatur im Wahlkreis Kassel Stadt II (Osten) trotz Neinstimmen sämtlicher Delegierten des Wahlkreises von Jastimmen der Delegierten überstimmt werden, die nicht dem Wahlkreis angehören. Die nächste Nominierung zur Landtagskandidatur ist noch einige Jahre entfernt, jetzt ist es an der Zeit, die jetzige Struktur zu überwinden. Administrativem Bedenken kann somit auch langfristig entgegengewirkt werden.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag O 7 wurde zurückgezogen.

Betrifft: Parteierneruerung durch Anpassung der Zusammensetzung des UBA

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die SPD-Kassel nimmt nach der Landtagswahl 2018 den Erneuerungsprozess wieder auf. Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau der Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe in Kassel auszubauen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss O 8

Betrifft: Demokratie revitalisieren

Die Mitgliederversammlung beschloss:

1. Wahlbeteiligung

Der Unterbezirksparteitag der SPD Kassel Stadt vom 6.5.2017 hat einstimmig beschlossen, umgehend einen mitgliederoffenen, stadtübergreifenden dauerhaften Arbeitskreis einzurichten, der die Aufgabe hat, die anhaltend niedrige Wahlbeteiligung aufzuarbeiten. Insbesondere Instrumente zur Anhebung der Wahlbeteiligung waren zu diskutieren und vorzuschlagen.

Der UBV wird aufgefordert, die Arbeit dieses Arbeitskreises zu bilanzieren und zu intensivieren. Insbesondere ist die im Bundestagswahlkampf 2017 gestartete Haustürkampagne im Wahlbezirk 1112 „Carl-Anton-Henschel-Schule“ fortzusetzen, ein Konzept zur Absenkung des Wahlalters verbunden mit einer Modernisierung und Intensivierung des Demokratieunterrichts in Schulen zu propagieren und diskutieren .

Begründung:

1. Eine hohe Wahlbeteiligung ist wesentlich für die Wahlerfolge der SPD. Bürgerliche WählerInnen beteiligen sich regelmäßig stark an Wahlen. Demgegenüber enthalten sich potentielle WählerInnen der SPD in hohem Ausmaß. Eine niedrige Wahlbeteiligung geht deshalb zu Lasten der SPD. Dies war auch bei der letzten Bundestagswahl 2017 der Fall. Wirksame Instrumente zur Steigerung der Wahlbeteiligung unterer Bevölkerungsschichten sind neben wiederholten, kontinuierlichen und flächendeckenden Hausbesuchen die Absenkung des Wahlalters begleitet von einem intensiven Demokratieunterricht in den Schulen. Beide Instrumente muss die SPD deshalb vorantreiben.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss I 1

Betrifft: Abschaffung des § 219a StGB

Die Mitgliederversammlung beschloss:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, den am 11.12.2017 einstimmig beschlossenen und am 2.3.2018 vorgelegten Gesetzentwurf zur Streichung des § 219a aus dem Strafgesetzbuch in den Bundestag einzubringen. Die Strafverfahren gegen Ärztinnen und Ärzte sowie die Verunsicherung von Frauen in schwierigen Lebenssituationen zeigen, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Die Abstimmung im Deutschen Bundestag sollte eine Frage des Gewissens und keine Frage der Koalitionsdisziplin sein.

Begründung:

Der Paragraph 219a StGB stammt aus der Zeit des Nationalsozialismus. Er regelt, unter welchen Bedingungen eine Frau in Deutschland eine Schwangerschaft abbrechen darf und verbietet Ärztinnen und Ärzten, öffentlich – zum Beispiel auf ihren Webseiten – über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren. Das gilt als Werbung, die nicht erfolgen darf. Dieser Paragraph gehört abgeschafft, denn Frauen in einem Schwangerschaftskonflikt haben den Anspruch auf umfassende Informationen. Dazu gehört auch die Information, welche Ärztinnen und Ärzte Schwangerschaftsabbrüche durchführen und nach welchen Methoden sie das tun. Ein freier Zugang zu medizinischen Informationen ist Teil eines selbstbestimmten Lebens und für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht verhandelbares Grundrecht.

Gegen die beiden Kasseler Ärztinnen Nora Szasz und Natascha Niklaus wurde Strafanzeige gestellt. Unsere Solidarität gehört den Ärztinnen, die ausgesprochen mutig ihren Weg weiter gehen, sich nicht einschüchtern lassen und weiterhin über ihre gesamten Leistungen auf ihrer Homepage informieren. Ärztinnen und Ärzte dürfen nicht weiter kriminalisiert werden, wenn sie Frauen Informationen zukommen lassen.

Nicht nachzuvollziehen war die Entscheidung, den Gesetzentwurf nicht einzubringen und damit Grundpositionen der SPD aufzugeben und Frauenrechte dem Frieden in der Koalition zu opfern. Es wird keine Streichung des Paragraphen mit den reaktionären Kräften und angeblichen „Lebensschützern“ in der CDU/CSU geben, deshalb sollten wir jetzt für unsere Überzeugungen einstehen. Hierzu gehört die Selbstbestimmtheit und Informationsfreiheit von Frauen und auch Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte.

Unserer Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey und der ASF-Bundesvorsitzenden Elke Ferner, die sich klar für eine Abschaffung des § 219a StGB positionieren, möchten wir hiermit auch den Rücken stärken.

Mitgliederversammlung 14. April 2018

***An die UBA
überwiesene
Anträge***



SPD Unterbezirk Kassel-Stadt, Humboldtstr. 8 A, 34117 Kassel

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss B 12 zusammen mit B 13

Betrifft: Verteilungsschlüssel für Pflegekräfte – Situation der Pfleger*innen verbessern

Der UBA beschloss:

Wir fordern die Einführung eines staatlich festgelegten Verteilungsschlüssels für die Pflegeberufe in Krankenhäusern. Dieser soll beinhalten, dass tagsüber (6 bis 22 Uhr) eine ausgebildete Pflegekraft für höchstens acht zu pflegende Personen zuständig ist.

Die daraus resultierende Folge ist, dass zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden. Wir fordern, dass diese von staatlich geprüften Fachpersonal besetzt werden.

Wir fordern zudem, dass ab der neunten zu pflegenden Person eine zweite staatlich geprüfte Pflegekraft eingestellt wird.

Des Weiteren soll für den Nachtdienst (22 Uhr bis 6 Uhr) gesetzlich geregelt sein, dass eine staatlich geprüfte Pflegekraft für höchstens 15 Patienten zuständig ist. Der bisherige Schlüssel auf Intensivstationen muss erhalten bleiben.

Begründung:

Alexander Jorde hat es in der Wahlarena in direkter Auseinandersetzung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel gezeigt. Die Arbeitsbedingungen wie auch die Bedingungen die zu pflegenden Personen ist unter der Würde der Menschen. Die Arbeitskräfte sind oftmals deutlich überfordert und bekommen für die von ihnen geleistete Arbeit nicht die zustehende Wertschätzung und Anerkennung. Das Gleiche gilt für die zu pflegenden Personen. Wie er schon festgestellt hat, wird alltäglich die Würde der zu pflegenden Menschen verletzt. Zwar spricht Alexander Jorde von einer Höchstzahl von fünf zu pflegenden Personen bei einem/r PflegerIn nach skandinavischen Vorbild, allerdings sollten wir in der Bundesrepublik Deutschland eine Politik der kleinen, aber dafür effektiven Schritte, der „Hau-Ruck-Politik“ vorziehen. Laut einer aktuellen Studie über staatliche Vorgaben zur Personalausstattung an Krankenhäusern "Nurse-to-Patient-Ratios" ist zu entnehmen, dass es in deutschen Kliniken gemessen an der Patientenzahl deutlich weniger Pflegepersonal als in anderen vergleichbaren Ländern gibt. In Deutschland gibt es doppelt so viele Patienten pro Krankenschwester wie in den Niederlanden. Während sich hierzulande im Schnitt eine Pflegekraft um 13 Patienten kümmert, beträgt das Verhältnis in der Schweiz und in Schweden etwa eins zu acht. In den Niederlanden ist es eins zu sieben. Und in den USA kommen auf eine Krankenschwester sogar nur 5,3 Patienten. Besonders heftig ist der Unterschied bei Nachtdiensten. Für eine Nacht hatte die Gewerkschaft Verdi per Stichprobe im Jahr 2015 ermittelt, dass 17.000 Pflegekräfte bundesweit etwa 324.000 Patienten zu versorgen hatten. Das entspricht einem Verhältnis von eins zu 19. Das Zahlenverhältnis zwischen Pflegern und Patienten sei nicht nur ein wichtiger Gradmesser für die Arbeitsbedingungen, betonten die Wissenschaftler. Sie beeinflusse auch die Qualität der Pflege und die Patientengesundheit. Empirische Studien hätten gezeigt, dass sich die Personalbemessung unter anderem auf das Risiko von Infektionen, Thrombosen und Todesfällen durch zu spät erkannte Komplikationen auswirke.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss B 13 zusammen mit B 12

Betrifft: Verteilungsschlüssel für Pflegekräfte – Situation der Pfleger*innen verbessern

Der UBA beschloss:

Wir fordern die Einführung eines staatlich festgelegten Verteilungsschlüssels für die Pflegeberufe in Krankenhäusern. Dieser soll beinhalten, dass tagsüber (6 bis 22 Uhr) eine ausgebildete Pflegekraft für höchstens acht zu pflegende Personen zuständig ist.

Die daraus resultierende Folge ist, dass zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden. Wir fordern, dass diese von staatlich geprüften Fachpersonal besetzt werden.

Wir fordern, dass ab der neunten zu pflegenden Person eine zweite staatlich geprüfte Pflegekraft eingestellt wird.

Des Weiteren soll für den Nachtdienst (22 Uhr bis 6 Uhr) gesetzlich geregelt sein, dass eine staatlich geprüfte Pflegekraft für höchstens 15 Patienten zuständig ist. Der bisherige Schlüssel auf Intensivstationen muss erhalten bleiben.

Begründung:

Alexander Jorde hat es in der Wahlarena in direkter Auseinandersetzung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel gezeigt. Die Arbeitsbedingungen wie auch die Bedingungen die zu pflegenden Personen ist unter der Würde der Menschen. Die Arbeitskräfte sind oftmals deutlich überfordert und bekommen für die von ihnen geleistete Arbeit nicht die zustehende Wertschätzung und Anerkennung. Das Gleiche gilt für die zu pflegenden Personen. Wie er schon festgestellt hat, wird alltäglich die Würde der zu pflegenden Menschen verletzt. Zwar spricht Alexander Jorde von einer Höchstzahl von fünf zu pflegenden Personen bei einem/r PflegerIn nach skandinavischen Vorbild, allerdings sollten wir in der Bundesrepublik Deutschland eine Politik der kleinen, aber dafür effektiven Schritte, der „Hau-Ruck-Politik“ vorziehen. Laut einer aktuellen Studie über staatliche Vorgaben zur Personalausstattung an Krankenhäusern "Nurse-to-Patient-Ratios" ist zu entnehmen, dass es in deutschen Kliniken gemessen an der Patientenzahl deutlich weniger Pflegepersonal als in anderen vergleichbaren Ländern gibt. In Deutschland gibt es doppelt so viele Patienten pro Krankenschwester wie in den Niederlanden. Während sich hierzulande im Schnitt eine Pflegekraft um 13 Patienten kümmert, beträgt das Verhältnis in der Schweiz und in Schweden etwa eins zu acht. In den Niederlanden ist es eins zu sieben. Und in den USA kommen auf eine Krankenschwester sogar nur 5,3 Patienten. Besonders heftig ist der Unterschied bei Nachtdiensten. Für eine Nacht hatte die Gewerkschaft Verdi per Stichprobe im Jahr 2015 ermittelt, dass 17.000 Pflegekräfte bundesweit etwa 324.000 Patienten zu versorgen hatten. Das entspricht einem Verhältnis von eins zu 19. Das Zahlenverhältnis zwischen Pflegern und Patienten sei nicht nur ein wichtiger Gradmesser für die Arbeitsbedingungen, betonten die Wissenschaftler. Sie beeinflusse auch die Qualität der Pflege und die Patientengesundheit. Empirische Studien hätten gezeigt, dass sich die Personalbemessung unter anderem auf das Risiko von Infektionen, Thrombosen und Todesfällen durch zu spät erkannte Komplikationen auswirke.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss B 14

Betrifft: Überholverbot auf zweispurigen Autobahnen

Der UBA beschloss:

Die verkehrsrechtlichen Vorschriften sind so zu ändern, dass das Überholen für LKW auf zweispurigen Autobahnen nicht zulässig ist.

Begründung:

Gegenseitige und langwierige Überholmanöver von LKW auf zweispurigen Autobahnen provozieren regelmäßig in Länge und zeitlicher Dauer erhebliche Staus. Ein Überholverbort für LKW und Busse auf zweispurigen Autobahnen erhöht die Leistungsfähigkeit der Autobahnen und vermindert die Unfallgefahr.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss B 15

Betrifft: Karenzzeit nach Landtags-, Bundestags und Europaparlamentsmandat

Der UBA beschloss:

Wir fordern die Adressaten auf, einen gesetzlichen Rahmen für eine Karenzzeit von zwei Jahren nach Mandatsniederlegung zu schaffen. Während dieser Karenzzeit soll es nicht möglich sein, eine gut bezahlte Lobbyistentätigkeit anzunehmen oder unverhältnismäßig hohe Gelder für Vorträge zu erhalten. Gemeinnützige Organisationen mit moderaten Gehältern sind hierbei auszunehmen. Als erstem Schritt sollen die Mandatsträger der SPD mit gutem Beispiel vorangehen.

Begründung:

Zurzeit ist es möglich, direkt nach Mandatsende beispielsweise zu einem großen Konzern zu wechseln und für diesen Lobbyarbeit zu leisten. Berühmte Beispiele aus Gegenwart und Vergangenheit kennen wir alle. Viele Politiker schaden dem Ruf des Berufsstands sowie der jeweiligen Partei, indem diese äußerst gut bezahlte Lobbyisten-Jobs annehmen. Das prägnanteste Beispiel ist wahrscheinlich die Autoindustrie, die nach dem Ausscheiden aus politischen Ämtern Matthias Wissmann, Thomas Steg und Eckart von Klaeden in hochkarätig bezahlten Lobby-Positionen beschäftigt.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag B 16 wurde zurückgezogen.

Betrifft: Begründete Befristung einschränken

Der möge beschließen:

Die begründete Befristung in Form der Projektbefristung nach §14 Abs. 1 Satz 4 TzBfG* wird auf höchstens fünf Jahre festgesetzt.

Begründung:

Im Programm der SPD zur Bundestagswahl war bereits die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung enthalten, der wir aus vollem Herzen zustimmen. In vielen Berufsfeldern gibt es aber auch begründete Befristungen, die wir mit Skepsis betrachten.

Mietverträge, Kredite oder auch Ratenvereinbarungen werden dadurch erheblich erschwert und oft teurer. Regelmäßige Arbeitssuchend-Meldungen verursachen darüber hinaus einen erhöhten Verwaltungsaufwand bei der schon überlasteten Agentur für Arbeit.

Insbesondere die Projektbefristung schafft ein unnötiges prekäres Beschäftigungsverhältnis, das sich bis zur Rente fortsetzen kann. Ohne einen sicheren Arbeitsplatz werden viele Schritte im Leben nicht unternommen, wie der Kauf von Wohnung, Haus, Auto oder auch die Familiengründung.

*(Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge/Teilzeit- und Befristungs-gesetz)

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss B 17

Betrifft: Mieten müssen bezahlbar bleiben

Der UBA beschloss:

Die Adressaten werden aufgefordert, alles zu unternehmen, um den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu unterstützen und damit bezahlbare Mieten sicherzustellen.

Weiterhin ist eine Novellierung der Regelung zur "Mietpreisbremse" anzustreben.

Begründung:

Die sogenannte „Mietpreisbremse“ wurde von den SPD Vertretern in der Bundesregierung initiiert. Das war gut und richtig, greift aber nur bedingt.

Es ist wichtig, dass durch die Schaffung neuer Wohnungen, die öffentlich gefördert werden voranzubringen. Die meisten der in den 60er, 70er und 80er Jahren gebauten Sozialwohnungen sind mittlerweile aus der Mietbindung heraus, weil die Fristen abgelaufen sind. Teilweise wurden die Gebäude verkauft und die Wohnungen werden mittlerweile durch private Investoren sehr teuer angeboten.

Nur die Schaffung neuen, geförderten Wohnraums wird die Misere der Wohnungsnot in Oberzentren mindern. Der in den 90er Jahren quasi eingestellte öffentliche Wohnungsbau muss deshalb dringen wieder in Gang gebracht werden.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss K 1

Betrifft: Konzept zum bürgerschaftlichen Engagement in Kassel aktualisieren

Der UBA beschloss:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung jährlich – beginnend in 2019 – einen Bericht über das ehrenamtliche Engagement in Kassel vorzulegen, der ein *aktualisiertes Konzept zur Förderung des Engagements* in Kassel und Entscheidungsvorschläge für die Organe der Stadt Kassel enthält.

Dieses Konzept sollte

- mit den wesentlichen Beteiligten abgestimmt sein
- die erforderliche Infrastruktur mit wettbewerbsfreien Beratungs-, Initiativ-, Kooperations- und Abstimmungsverfahren personell und finanziell auch durch entsprechende, belastbare Vereinbarungen sichern
- die Verortung des Engagements einschließlich der Zivilgesellschaft, der Verwaltungen und der Akteure der Wirtschaft einbeziehen
- die bereits bürgerschaftlich Aktiven fördernd begleiten
- bisher unentschlossene Bürgerinnen und Bürger und andere potenziell Beteiligte dafür gewinnen helfen
- die möglichen Felder des Engagements in Kassel und ihre Bedarfe berücksichtigen
- auf Basis einer aktualisierten Bestandsaufnahme der Bedarfe, Potenziale und Ist-Zustände auch im Licht der Erfahrungen aus anderen Teilen der Bundesrepublik erstellt sein.

Begründung:

Bürgerschaftliches Engagement ist eine wesentliche Säule jeder lebenswerten Gesellschaft. Es

- nimmt Tendenzen notwendiger gesellschaftlicher Veränderung auf
- wirkt der Politikverdrossenheit entgegen, weil es
- über Mitwirkungschancen Identifikation ermöglicht
- Transparenz über Prozesse erhöht,
- Ortsnähe und Beteiligungsfähigkeit herstellt
- der sozialen Stadtentwicklung dient
- die Rahmenbedingungen für Lernfelder stabilisiert und so auch
- demokratische Impulse stetig erneuert.

Soziale Demokratie bleibt nur existent, wenn sie gelebt wird. Sie lässt sich nicht verordnen, wohl aber klimatisch fördern.

Das gilt grundsätzlich für alle Länder des westlichen Kulturkreises. Wer sich hier - am Gemeinwohl orientiert und unentgeltlich - engagiert,

- erleichtert gedeihliches Zusammenleben in gutem menschlichem Geist
- trägt zur Bewältigung bedeutender gesellschaftlicher Aufgaben bei
- bereichert erforderliche Problemlösungen durch oft kreative Ansätze
- ergänzt die Initiativen der Verwaltungen und Unternehmen um unverzichtbaren persönlichen Einsatz eigener Art
- erfährt nicht zuletzt selbst die Bestätigung von Lebenssinn.

Viele setzen sich bereits – auch in Kassel – auf diese Weise für das Gemeinwohl ein. Bei diesen jetzt Aktiven deuten sich zudem teilweise heute noch nicht realisierte Möglichkeiten an. Das gilt auch für die gegenwärtig nicht Engagierten und die noch nie Engagierten. Dabei

spielt die Begleitung durch Information, Beratung, gewisse gemeinschaftliche Regeln usw. eine beträchtliche Rolle, z. B. bei den zunehmend gesund und aktiv in den Ruhestand getretenen „Jungen Alten“, die oft motiviert und zudem durch lange Lebens- und Berufserfahrung qualifiziert sind.

Der Bedarf ist auch in Kassel auf vielen Feldern möglichen Engagements hoch. Die große Zahl der Themen und Handlungsansätze, die oft sehr kreativ über „Graswurzelbewegungen“ oder institutionell in ganz Deutschland entwickelt worden ist und ganze Bibliotheken füllt, spricht für sich. Dieser Bedarf wächst ständig, zugleich mit dem Wandel im Zuschnitt der Berufe und dadurch möglichen neuen Kooperationsformen. Andererseits bleibt die Fluktuation bei den freiwillig Engagierten naturbedingt hoch.

Die Potenziale des Engagements dürfen deshalb nicht dem Zufall überlassen bleiben. In Kassel gilt dies z. B. für die ambitionierten Pläne zum Ausbau der Kulturlandschaften und insbesondere die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025, aber auch viele andere Themen, etwa auf den Feldern sozialer Hilfe, des Umweltschutzes und des Klimawandels.

Auf sich allein gestellt kann allerdings kaum jemand die Früchte bürgerschaftlichen Engagements ernten. Vielfach ist sogar das Zusammenwirken der Akteure aller drei Sektoren erforderlich, also der Zivilgesellschaft, der Unternehmenswelt und der Verwaltungen. Diese handeln nach unterschiedlichen Prinzipien und sollten gleichwohl zusammenfinden. Dass dies trotz großen persönlichen Engagements kein Selbstläufer ist, hat nicht zuletzt die Flüchtlingskrise gezeigt.

Aus allen diesen Gründen haben die Beteiligten mancher zukunftsgewandten Region inzwischen Engagement-Strategien entwickelt und Absprachen getroffen, die zwar je nach Blickwinkel unterschiedlich heißen, jedoch auf die Handlungsfähigkeit des Engagements gerichtet sind.

Auch Kassel braucht, um alle vom Bedarf getragenen Chancen tatsächlich ergreifen zu können, eine gemeinsame passgerechte Engagement-Strategie für

- die Kooperation zwischen den unterschiedlichen beteiligten Sphären,
- die Sicherung einiger beratender und begleitender Dienstleistungen hoher fachlicher Qualifikation,
- die Stabilisierung der sonstigen Rahmenbedingungen erfolgreichen Engagements.

Bei der Bestandsaufnahme und Konzeptentwicklung sollten neben vorhandenen Infrastruktur-Einrichtungen wie dem - neutralen und überparteilichen - Freiwilligenzentrum Kassel die wesentlichen Vertreter der drei erwähnten Engagement-Sektoren (Zivilgesellschaft, Verwaltungen, Unternehmen) einbezogen werden. Diese Entwicklungsarbeit kann zugleich die spätere Routine bei der Umsetzung der Ergebnisse mit einer vermutlich zu erweiternden Kooperation vorbereiten.

Solche Prozesse benötigen eine Koordination, die nach Lage der Dinge und aller Erfahrung bei der politisch gewählten operativen Spitze der Stadt Kassel liegen sollte, zumal viele Dezernatsbereiche von Engagement-Fragen berührt werden.

Für alle Beteiligten werden sich die Chancen nachhaltig verbessern, ihre eigenen Absichten und Ziele im wohlverstandenen Sinne bestmöglich zu erreichen. An alle Beteiligten geht deshalb der Appell, sich auf die erforderlichen gemeinsamen Ziele und Instrumente zu verständigen und im Zweifel die dazu notwendigen Überlegungen in den Vordergrund zu stellen.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss K 2

Betrifft: Errichtung neuer E-Tankstellen bis 2025

Der UBA beschloss:

Die Adressaten werden dazu aufgefordert, sich für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Antriebe in Kassel einzusetzen.

Begründung:

Die Investitionen in Elektroautos in Deutschland stagniert. Ein Grund dafür ist, dass es im Gegensatz zu Fahrzeugen, wie mit Benzin, Diesel oder Gas betrieben werden, keine ausreichende Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Deshalb muss die Zahl der E-Tankstellen deutlich erhöht werden. Allerdings nicht nur an Autobahnen, sondern ebenso in den Städten und Gemeinden sowie im ländlichen Bereich. Nur so kann eine ausreichende Energieversorgung gewährleistet werden. Zusätzlich trägt die Bundesrepublik Deutschland damit auch einen großen Beitrag zur Energiewende bei und wird ihrer staatlichen Verantwortung gerecht.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 3 erledigt durch Annahme von Antrag K 2

Betrifft: Errichtung neuer E-Tankstellen bis 2025

Der UBA möge beschließen:

Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau der Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe in Kassel auszubauen.

Begründung:

Die Investitionen in Elektroautos in Deutschland stagniert. Ein Grund dafür ist, dass es im Gegensatz zu Fahrzeugen, wie mit Benzin, Diesel oder Gas betrieben werden, keine ausreichende Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Deshalb muss die Zahl der E-Tankstellen deutlich erhöht werden. Allerdings nicht nur an Autobahnen, sondern ebenso in den Städten und Gemeinden sowie im ländlichen Bereich. Nur so kann eine ausreichende Energieversorgung gewährleistet werden.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss K 4

Betrifft: Poller ästhetisch ins Stadtbild einfügen

Der UBA beschloss:

Wir schlagen vor, die seit 2016 genutzten mobilen und festen Betonpoller in ein ästhetisches Gesamtkonzept einzufügen.

Begründung:

Als reine Betonklötze erinnern die Poller nur an mögliche Gefahren bei einem Besuch der Innenstadt. Sie sollen ihre Schutzfunktion erfüllen, ohne das Gesamtbild zu beeinträchtigen und die Kasseler Bürger und Touristen zu verunsichern.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 5

Betrifft: E-Mobilität fördern – Feinstaubbelastung verringern

Der UBA beschloss:

Wir fordern unsere Stadtverordnetenfraktion dazu auf sich dafür einzusetzen, den öffentlichen Fuhrpark zu dekarbonisieren und die E-Mobilität/Brennstoffzelle zu fördern.

Begründung:

Laut dem Umweltbundesamt werden zahlreiche Grenzwerte für Feinstaub der Bundesrepublik Deutschland überschritten. Soll das Problem ernsthaft und glaubwürdig bekämpft werden, muss man bei den Ursachen beginnen, die zur Umweltverschmutzung durch Abgase hervorrufen. Nur dadurch kann die Feinstaubbelastung erheblich gesenkt und der Staat seiner Vorbildfunktion gerecht werden.

Zusätzlich wird durch diese Regelung die bisher ausbleibende Nachfrage an E-Fahrzeugen deutlich erhöht. Unsere Ziele sind die Verringerung von Feinstaub und Abgasen sowie den Anreiz die Industrie zu schaffen, bessere Produkte für den Markt zu entwickeln.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 6 erledigt durch Annahme von Antrag K 5

Betrifft: E-Mobilität fördern – Feinstaubbelastung verringern

Der UBA möge beschließen:

Wir fordern unsere Stadtverordneten-Fraktion dazu auf sich dafür einzusetzen den städtischen Fuhrpark zu dekarbonisieren.

Begründung:

Laut dem Umweltbundesamt werden zahlreiche Grenzwerte für Feinstaub der Bundesrepublik Deutschland überschritten. Soll das Problem ernsthaft und glaubwürdig bekämpft werden, muss man bei den Ursachen beginnen, die zur Umweltverschmutzung durch Abgase hervorrufen. Nur dadurch kann die Feinstaubbelastung gesenkt und der Stadt Kassel seiner Vorbildfunktion gerecht werden.

Zusätzlich wird durch diese Regelung die bisher ausbleibende Nachfrage an E-Fahrzeugen deutlich erhöht. Unsere Ziele sind die Verringerung von Feinstaub und Abgasen sowie den Anreiz die Industrie zu schaffen, bessere Produkte für den Markt zu entwickeln.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 7 erledigt durch Annahme von Antrag K 5

Betrifft: Umrüstung des öffentlichen Fuhrparks auf alternative Antriebe

Der UBA möge beschließen:

Die Adressaten werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass öffentliche Fuhrparks schnellstens auf alternative Antriebe umgestellt werden.

Begründung:

Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen und schnellstens ihren Fuhrpark auf alternative Antriebe umrüsten. So können Elektrofahrzeuge im Kurzstreckenbetrieb sehr effektiv eingesetzt werden und stehen im Nutzwert Fahrzeugen mit herkömmlichen Antrieb in nichts nach.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss K 8

Betrifft: Erneuerbare Energie für Kassel

Der UBA beschloss:

Wir fordern die SPD-Stadtverordnetenfraktion und SPD-Mitglieder im Magistrat auf, darauf hinzuwirken, in bzw. auf allen städtischen Liegenschaften Erneuerbare Energien und Effizienztechnologien zur Bereitstellung von Strom und Wärme zu nutzen. Hierzu sind verschiedene Betriebsformen möglich (bspw. Contracting) und Kooperationen mit den Städtischen Werken, der Bürger Energie Kassel Söhre und ggf. weiteren lokalen Akteuren anzustreben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss K 9

Betrifft: Eine Straße für Erich

Der UBA beschloss:

Dem Anwalt, Sozialisten und Präsidenten des Landgerichts Kassel, Hertha und Erich Lewinski (01.01.1899 – 16.02.1956) soll eine Straße in Kassel gewidmet werden.

Begründung:

Der Weggefährte von Nora Platiel, Mitglied des ISK und der SPD, war von 1923 - 1933 in Kassel als Rechtsanwalt zugelassen und kämpfte vor Gericht gegen den späteren Präsidenten des NS-Volksgeschichtshofes, Roland Freisler.

Im Pariser Exil eröffnete er mit seiner Frau das „Restaurant Végétarien des Boulevards (d'après Bircher-Benner) 28 Boulevard Poissonnière“, welches den Emigranten ein Treffpunkt wurde und durch die Einnahmen von täglich bis zu 500 Gästen den Emigranten als Lebensunterhalt diente sowie die politische Arbeit im Exil unterstützte.

1940–1941 gehörte Lewinski zum Emergency Rescue Committee in Südfrankreich. In Marseille koordinierte er Rettungsaktionen für bedrohte SPD-Funktionäre zusammen mit Fritz Heine. 1941 gelang ihm über Spanien und Portugal die Flucht in die USA, dort war er unter anderem Büroangestellter und Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des „German-American Council for the Liberation of Germany from Nazism“.

1947 kehrte Lewinski nach Kassel zurück und wurde dort Landgerichtsdirektor und seit 1949 Präsident des Landgerichts Kassel. Dabei trat er für eine umfassende Reform des deutschen Justizwesens und eine demokratische Erneuerung ein. Er engagierte sich auch kulturpolitisch und wurde Mitbegründer der Kasseler Documenta.

Im Landgericht Kassel ist eine Säule Erich Lewinski gewidmet. Diese wurde mit seiner Aussage „that the idea of justice has priority, if the laws are criminal“ beschrieben.

Es wird Zeit, dass Erich auch außerhalb des Landgerichts gedacht wird.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss K 10

Betrifft: Quartierskonzepte für Kassel

Der UBA beschloss:

Wir fordern die SPD-Stadtverordnetenfraktion und SPD-Mitglieder im Magistrat auf, darauf hinzuwirken, in möglichst vielen Kasseler Stadtteilen „Integrierte Quartierskonzepte“ (KfW-Programm 432 – Energetische Stadtsanierung) zu beantragen und durchzuführen. Dazu sollen Bundesmittel und alsbald verfügbar Landesmittel kombiniert und so Förderquoten von bis zu 95 % erreicht werden.

Begründung:

Integrierte energetische Quartierskonzepte benennen Ziele und Umsetzungsstrategien für die energieeffiziente Stadt. Ein abgestimmtes Handlungskonzept ist eine wichtige Grundlage für die Stärkung der Zukunftsfähigkeit unserer Städte. Durch die Einbindung aller relevanten Akteure – Bürger, Wohnungswirtschaft, private Eigentümer, Mieter und Energieversorger – werden gemeinsam getragene Ansätze möglich.

Das Programm verknüpft Anforderungen an die energetische Gebäudesanierung, effiziente Energieversorgungssysteme und den Ausbau erneuerbarer Energien mit demografischen, ökonomischen, städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Fragestellungen. Ein Sanierungsmanagement kann die Umsetzung als kooperativen Prozess begleiten und beschleunigen.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 11 erledigt durch Sachlage

Betrifft: Der Bagger macht vielmehr als nur den alten Schlachthof platt

Der UBA beschloss:

Wir wollen kein weiteres Geld in einen kommunalen Schlachthof zu investieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag K 12 überwiesen an Nordstadtkonferenz

Betrifft: Perspektiven für die Untere Königsstraße und Jägerstraße

Der UBA beschloss:

Die SPD-Fraktion der Kasseler Stadtverordnetenversammlung wird gebeten eine kommunale Entwicklungsperspektive mit Schwerpunkt Förderung der „Migranten-Ökonomie“ für den Bereich Stern, Untere Königsstraße und Jägerstraße zu entwickeln.

Dies soll beinhalten:

- Die Ausarbeitung eines „Integrierten Entwicklungskonzeptes“ (ISEK) für die Stadtteile Wesertor und Nord-Holland (sofern nicht vorhanden)
- Die Eröffnung eines Quartiersbüros in der Unteren Königsstraße oder Jägerstraße
- die Einrichtung einer Beratungsstelle „Stärkung der Migranten-Ökonomie“ (interkulturelle Existenzgründungs-, Nachfolge-, Fördermittel- und Ausbildungsberatung, Verweisberatung zur anderen Fachberatungsdiensten),
- die Einstellung eines Quartiershausmeisters,

Die SPD Mitglieder des Magistrats der Stadt Kassel soll ferner dafür Sorge tragen, dass der Quartiersbereich in den Genuss von Städtebauförderungs- und Verschönerungs- und sozialer Maßnahmen ähnlich wie in der Friedrich-Ebert oder Oberen Königsstraße kommt.

Begründung:

Der Bereich Stern, Untere Königsstraße, Jägerstraße wird in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals als „Brennpunkt“ oder gar als „Kriminalitätsschwerpunkt“ (HNA) bezeichnet. Der Quartiersbereich wird in Zusammenhang gebracht mit Drogen, Gewalt, Prostitution und die Entwicklung einer randständigen, ethnisch geprägten Ökonomie mit niedrigen Qualifikationsanforderungen und Ertragsaussichten, die als „minderwertig“ gelten.

Für unvoreingenommene Beobachter des Viertels ergibt sich aber auch eine positive, das Stadtbild bereichernde Perspektive. So ist davon auszugehen, dass die Gewerbetreibenden sehr hohe Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung ihre Laden-, Praxis- und Bewirtungsflächen vorgenommen haben. Dadurch sind zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, und das Viertel hat eine Individualität ausgeprägt, in der Vereinheitlichungstendenzen, wie sie in andere Städten beklagt werden (Dominanz von Ladenketten, 1-Euro-Läden, Leerstand), bislang nicht angekommen sind. Die documenta 14 hat gezeigt, dass dieser städtische Bereich für Besucherinnen und Besucher eine hohe Anziehungskraft ausgestrahlt hat.

Nun muss es darum gehen, diese positive Entwicklung aufzunehmen, zu begleiten und zu stärken sowie die negativen Erscheinungen einzudämmen. Dabei muss die Stadt Kassel die Federführung einer zugewandten aber klar umrissenen Quartiersentwicklung fest in der Hand haben. In enger Zusammenarbeit mit den Gewerbetreibenden, Anwohnern und der kommunalen Stadtentwicklung muss eine Interessenabfrage und Förderung der Quartierszüge erfolgen.

Die Gewerbetreibenden selbst sehen mit Sorge das Negativbild, das sich in der öffentlichen Meinung abzeichnet und haben gegenüber Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung, der Parteien, des Ausländerbeirats und unternehmerischer Interessenverbände Vorschläge und Anmerkungen gemacht. Diese Offenheit in der

Unternehmerschaft des Viertels sollte genutzt werden, um das Quartier teilhabeorientiert zukunftsfähig und attraktiv für alle Kasselerinnen und Kasseler zu entwickeln.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss K 13

Betrifft: Kassel nimmt an „Politik bei uns“ teil

Der UBA beschloss:

Kassel soll sich am OpenData Portal „Politik bei uns“ beteiligen.

Begründung:

„Offene Daten und „Open-Government“ sind wichtige Pfeiler einer modernen und bürgernahen Verwaltung.

Hierbei ist es insbesondere wichtig, politische Entscheidungen transparent und leicht verständlich darzustellen. Damit wird dem Bürger und der Wirtschaft ein einfacher Überblick über politische Entscheidungsfindung eröffnet, Bürgerbeteiligung erleichtert und dem allgemein verbreiteten Politikverdrossenheit entgegen gewirkt.

Ein niederschwelliger Einstieg kann hierbei die Teilnahme an dem Portal „Politik für uns“ sein. Die bisherigen Instrumente, die das Ratsinformationssystem (RIS) der Stadt Kassel bietet, sind funktional allerdings an der Arbeit der Politik und Verwaltung orientiert. Beide Gruppen sind in politischen Entscheidungsprozessen geübt, arbeiten regelmäßig mit der Software und können diese daher gut nutzen.

Das Projekt „Politik für uns“ bringt eine neue, bürgerfreundliche Darstellung der offiziellen RIS-Dokumente mit. Es beantwortet für den Bürger mit einer einfachen, intuitiven Nutzeroberfläche die Fragen „Was macht meine Stadt?“, „Was macht meine Verwaltung?“, „Was macht die Politik?“, „Was geschieht in meinem Quartier?“, „Was geschieht in meiner Straße?“ und vieles mehr.

Eine Teilnahme ist einfach. Es ist lediglich erforderlich, das OParl-Modul des RIS anzuschaffen, zu installieren und die Schnittstellen für den „Politik für uns“-Server zu öffnen.

Die Datenübernahme von den RIS-Servern findet nachts statt, so dass keinerlei Performance-Beeinträchtigungen im Tagesbetrieb stattfinden. Hierbei wird nur auf öffentliche Dokumente zugegriffen.

Die Schnittstelle ist bei allen marktüblichen RIS-Herstellern verfügbar.

Es gibt viele Argumente für die Teilnahme an „Politik bei uns“, diese sind nachfolgend dargelegt:

- Offene Bereitstellung von Daten rund um die Ratsarbeit, damit Erhöhung der Transparenz des politischen Handelns.
- Indirekte Stärkung von Bürgerbeteiligung, weil Beschlüsse offen und nachvollziehbar gefunden werden.
- Automatisierte Georeferenzierung. Damit ist eine Suche nach Gebäuden, Adressen oder Straßen möglich.
- Suche übergreifend über mehrere Kommunen. Somit auch ein interner Mehrwert für die Suche nach gleichartigen Entscheidungsvorlagen anderer Kommunen.
- Stichwortsuche über den Volltext, aber auch mit vom Bürger oder der Politik selbst generierten Stichworten.
- Volltext über alle Dokumente, der in Bruchteilen von Sekunden durchsucht werden kann.
- Kommentarfunktion mit automatisierter Info an die Verwaltung.
- Suche ohne Fachwissen einfach und übersichtlich möglich.

- Unterstützung des ersten ehrenamtlichen Standards für die Bereitstellung offener Daten in Deutschland und damit Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der Bürgerschaft.

Das Projekt wurde als „Pilotprojekt Kommunales Open Government in NRW“ gefördert und bestand aus der Einführung von OParl in 27 Kommunen unter Beteiligung von drei verschiedenen Ratsinformationssystem-Herstellern sowie der Neuentwicklung von „Politik bei Uns“. Eingereicht wurde es vom KDZ Rhein-Erft-Rur, Kooperationspartner sind die Open Knowledge Foundation sowie das OParl-Core-Team-Mitglied Ernesto Ruge. Der Fokus des Projektes lag darauf, die Daten der Kommunen bürgerfreundlich in einem einzigen Portal zusammenzubringen.

Weitere Informationen zu den bei „Politik bei uns“ beteiligten Institutionen finden Sie unter <https://politik-bei-uns.de> und <https://oparl.org>.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Beschluss L 1

Betrifft: Bildungsinclusion

Der UBA beschloss:

Wir fordern, dass die Inklusion in Schulen ernsthaft, aber mit Augenmaß angegangen wird. Kinder mit inklusiven Hintergrund sollen nach ihren Leistungen sowie ihren Möglichkeiten in regulären Schulklassen unterrichtet werden. Dazu ist es nötig, die Schulsozialarbeit aufzustocken und mehr förderpädagogisches Personal einzustellen. Jede Schule muss mindestens eine ganze Sozialarbeiter*innenstelle haben, die Größe des förderpädagogischen Personals muss sich hingegen an die Anzahl der zu inkludierenden Kinder anpassen. Wir fordern, dass inklusive Klassen der Sekundarstufe II nicht größer als 18 Kinder sein dürfen, davon vier mit Kinder mit inklusiven Hintergrund. In jeder Inklusionsklasse muss neben dem/der Fachlehrer+in immer auch ein/eine Förderschullehrer+in unterrichten. Zusätzlich fordern wir, dass als erster Schritt schwerpunktmäßig geeignete Schulen barrierefrei gestaltet und auf die speziellen Bedürfnisse der Kinder eingestellt werden. Nach der Vollendung der schulischen Laufbahn müssen Zukunftsperspektiven geboten werden. Dafür ist eine Durchlässigkeit in den Arbeitsmarkt oder weiterführende Bildungseinrichtungen erforderlich. Inklusion darf kein Bildungsausgaben kürzen durch die Hintertür sein.

Begründung:

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit dem Unterzeichnen der EU-Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet, Menschen mit körperlichen und geistigen Defiziten in allen Bereichen der Gesellschaft gleiche Rechte zu ermöglichen. Beim gemeinsamen Lernen geht es dabei aber nicht nur um die Vermittlung von Unterrichtsinhalten, sondern auch um das Lernen fürs Leben. Um das zu gewährleisten, ist eine Aufstockung des sozial- und förderpädagogischen Personals unabdingbar, um ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, am regulären Schulleben teilnehmen zu können.

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag L 2

Betrifft: Jugend muss Demokratie leben dürfen: Aktives Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen und Landtagswahlen

Der UBA beschloss:

Niedersachsen im Norden hat es, Baden-Württemberg im Süden hat es, NRW westlich und auch Thüringen östlich von Hessen: Das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen und Landtagswahlen.

In Hessen selbst gibt es dies nicht mehr. Die Einführung vor 20 Jahren im Jahr 1998 wurde bereits 1999 durch die Regierung unter Roland Koch rückgängig gemacht. Dies geschah noch vor den Kommunalwahlen 2001, so dass die Teilnahme an Wahlen für 16- und 17-Jährige in Hessen niemals möglich war.

Wir fordern die erneute Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren bereits ab der nächsten Kommunalwahl.

Begründung:

Der Schritt der Enquetekommission, das passive Wahlalter bei Landtagswahlen auch in Hessen als letztem Bundesland auf 18 zu senken geht bereits in die richtige Richtung. Das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen ermöglicht aber eine echte Partizipation gerade der Menschen, die direkt vor Ort betroffen sind und auch noch lange betroffen sein werden.

Die heutige Politik ist, auch in Kommunalparlamenten, geprägt von Rechtspopulisten. Nicht nur daher ist es wichtig, die Jugend früh an unser demokratisches System heranzuführen. Dies geschieht am besten durch die aktive Partizipation, insbesondere bei Wahlen. Demokratie muss gelebt werden. 20 Jahre später sollten wir schon weiter sein!

Mitgliederversammlung Unterbezirk Kassel-Stadt am 14. April 2018

Antrag L 3

Betrifft: Abituraufgaben

Der UBA beschloss:

Die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter im Hessischen Landtag mögen sich dafür einsetzen, dass alle schriftlichen Abituraufgaben des hessischen Landesabiturs bis spätestens eine Woche nach dem Abschluss des Bewertungsprozesses kostenlos und mit der ausdrücklichen Bitte um Nutzung sowie Weiterverarbeitung auf der Internetseite des Hessischen Kultusministeriums hochgeladen werden. Überdies sollen die schriftlichen Abituraufgaben der Jahre 2015 ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Für die Vorbereitung auf ein zu schreibendes Abitur eignen sich die Abituraufgaben der Vorjahre. Es erscheint nicht nachvollziehbar, dass die unter hohen steuerlichen und personellen Aufwand generierten Aufgaben an Verlage verkauft werden, welche diese mit kräftigem Gewinn in Form von Büchern an angehende Abiturienten weiterverkaufen.